

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Ausweitung der Elternbildung, Petition an die Bundesregierung

GRin. **Potzinger** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ und BZÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Damen und Herren! Es ist mir eine besondere Freude, den heutigen Reigen der dringlichen Anträge mit einem gemeinsamen Dringlichen aller hier vertretenen Fraktionen einleiten zu dürfen. Es geht um ein Anliegen, das uns offenbar wirklich ein gemeinsames Herzensanliegen ist, es geht um die Ausweitung der Elternbildung, eine Petition an die Bundesregierung. Dringlich deshalb, weil sie in letzter Zeit auch seitens von PädagogInnen, Kindergarten und Schulbereich, doch die besorgniserregenden Aussagen gehäuft haben, dass Eltern zunehmend auch persönlich klagen über Unsicherheiten bei der Erziehung der Kinder. Erziehung ist eine Hochleistung, die zu erbringen ist und kompetente Hilfe kann nicht früh genug angeboten werden. Ich möchte auch jetzt beim dringlichen Antrag den Motivenbericht kürzen. Ziel dieses gemeinsamen Antrag ist eine Petition an die Bundesregierung, dass ein Elternbildungsscheck im Mutter-Kind-Pass eingeführt wird, dass natürlich auch das Angebot entsprechend ausgeweitet wird, zusätzliche ElternbildnerInnen ausgebildet werden, die in Kommunen, Vereinen, Pfarren tätig sind. Insbesondere auch ElternbildnerInnen, die selber Migrationshintergrund haben, um auch unsere jungen Eltern mit Migrationshintergrund entsprechend beraten zu können.

Der

dringliche Antrag

lautet also: Die Bundesregierung möge aufgefordert werden, mittels Petition den Mutter-Kind-Pass zu bereichern mit einem Elternbildungsscheck. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Potzinger**: Ich freue mich wirklich, dass das eine gemeinsame Initiative ist und zeigt, dass es ab und zu Kontroversen gibt im Haus, aber sehr wohl auch Anliegen, die wir gemeinsam tragen. Vielen Danke dafür (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Finanzsituation der Stadt Graz

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Finanzkrise, die uns im Vorjahr leider ereilt hat, hat sich mittlerweile zur massiven Wirtschaftskrise ärgsten Ausmaßes entwickelt und hat mittlerweile auch dazu geführt, dass der Österreichische Städtebund die Kommunen unter dem Titel „Gewinnwarnung: Die Finanzkrise erreicht auch die Gemeinden“ nachdrücklich alarmiert hat und ich denke, er wird es nicht ohne Grund gemacht haben.

Unter anderem heißt es in dieser Warnung, dass massive Einnahmefälle drohen und dass die Kommunen sich eben dementsprechend vorbereiten sollen. So schaut es unter anderem derzeit so aus, dass die Gemeindeertragsanteile für 2009 um mehr als 2,5 Prozent unter dem Wert von 2008 aller Voraussicht nach zu liegen kommen werden. Für 2010 sind noch weitere Einbrüche vorhersehbar und auch vom Städtebund schon in dieser Gewinnwarnung teilweise prognostiziert. Die vorletzte Prognose, auf der in der Regel auch die Voranschläge für das Jahr 2009 beruhen, gingen noch von weit besseren Zahlen aus, dort war von einem Zuwachs von 4,3 Prozent für das Jahr 2009 und weiteren 2,2 Prozent für das Jahr 2010 die Rede. Auch bei dieser Prognose war für 2010 schon die Steuerreform mitberücksichtigt. Was sagt nun der Städtebund als Empfehlung oder was gibt der Städtebund als Empfehlung den Kommunen in dieser Warnung mit: Der Städtebund sagt, die Gemeinden tun gut daran, Überlegungen anzustellen, wie sie mit kurzfristig rückläufigen und mittelfristig vermutlich stagnierenden Einnahmen umgehen können. Ich glaube, liebe Kolleginnen

und Kollegen, wie ernst die Situation ist, können wir täglich in den Medien miterleben, nachlesen. Wir können es täglich aber auch wahrscheinlich auch in unserem Umfeld auch miterleben, dass einzelne Betriebe, auch in der Stadt Graz, Kurzarbeit haben, dass Produktionen zurückgenommen werden, dass die Aufträge fehlen, dass Standorte in Gefahr sind, dass Leiharbeiter gekündigt werden, also die Situation ist sicher so, dass jetzt schon nicht gut ist und die Wirtschaftsprognosen gehen in eine Richtung, dass man sagt, die Talsohle ist noch lange nicht erreicht. In Bezug auf diese dramatische Situation stellt sich nun die Frage, inwieweit der Budgetentwurf 2009, der ja wahrscheinlich auf den noch positiven Prognosen beruht, überhaupt noch halten wird können und wenn in diesem Zusammenhang auch noch innerhalb von 24 Stunden widersprüchliche Aussagen in den Medien erscheinen, der Bürgermeister hat in einem Mitarbeiterbrief von elf Millionen Euro drohenden Ausfällen gesprochen, laut Medienberichten, der Finanzstadtrat hat es heute im Finanzausschuss dementiert, dass er das gesagt hätte, aber laut Medienberichten war die Rede, dass der Finanzstadtrat von 21 Millionen Euro Ausfall ausgeht und auch die Zahl 30 Millionen ist in den Medien bereits genannt worden. Wir orten nun enormen Handlungsbedarf und stellen auch im Hinblick auf die Transparenz gegenüber dem Gemeinderat, der zumindest laut Statut das oberste Organ dieser Stadt sein sollte und über die Budgethoheit verfügt, folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

und ich glaube dieser Antrag ist aus unserer Sicht wichtig, weil wir eigentlich nicht über die Medien informiert werden wollen und ich glaube, dass der Gemeinderat einen Anspruch darauf hat, als Erster über die Situation, wie sie sich für die Stadt darstellt, auch die Neuigkeiten in Erfahrung zu bringen:

Wir stellen also folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge den Bürgermeister und den Finanzstadtrat auffordern, in der kommenden Sitzung des Gemeinderates einen umfassenden Bericht über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Stadt Graz, die daraus resultierenden Konsequenzen für den Haushalt 2009 und 2010 sowie Gegenstrategien vorzulegen, wobei insbesondere auch folgende Fragestellungen zu beantworten sind und die Fragestellung sehen wir nur auch als Hinweis, woran man denken sollte (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) bei dieser Beantwortung, wenn wir

weitergehende Informationen im Gemeinderat bekommen, sind wir sicher alle dankbar. Also das ist sicher kein abschließender Fragekatalog, da kann man sicher auch noch weit darüber hinaus gehen:

1. Auf Basis welcher Prognosen wurde das Budget 2009 erstellt?
2. Wurden seitens der Verantwortlichen bei der Budgeterstellung bereits kurzfristig – wie in anderen Kommunen auch – die erwarteten Einnahmen aus der Kommunalsteuer und den Ertragsanteilen noch im November/Dezember 2008 zurückgenommen?
3. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus der Entwicklung der Arbeitslosenzahl in Ihrem Wirkungsbereich?
4. Welche Gegenmaßnahmen wurden seitens der Stadt Graz betreffend den Konjunkturabschwung bisher gesetzt?
5. Wurde das in der letzten Gemeinderatssitzung in einem dringlichen Gemeinderatsantrag von Gemeinderat Wilhelm Kolar eingeforderte und einstimmig beschlossene Wirtschaftsnetzwerk zur Erfassung, Koordination und Abstimmung von Vorschlägen und Programmen, die zur Sicherung beziehungsweise Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandortes Graz beitragen sollen, vom Bürgermeister bereits eingerichtet?
6. Wann werden erste Ergebnisse der in einem dringlichen Antrag von Gemeinderat Kolar eingeforderten und einstimmig beschlossenen Lehrlingsoffensive im Magistrat Graz und in den städtischen Gesellschaften vorliegen? Wie erinnerlich, wurde der Zwischenbericht für Mitte März beschlossen.
7. Wie hoch sind die zu erwartenden Einnahmerrückgänge aus der Kommunalsteuer? Zu welchem Zeitpunkt wurden diese drohenden Einnahmerrückgänge berechnet, also wie aktuell ist diese Berechnung? Ist darin die Kurzarbeit bei Magna bereits berücksichtigt? Gibt es bereits weitergehende Prognosen beziehungsweise Berechnungen?
8. Wie hoch sind die zu erwartenden Einnahmerrückgänge aus den Ertragsanteilen? Zu welchem Zeitpunkt wurden sie berechnet? Gibt es bereits weitergehende Prognosen beziehungsweise Berechnungen?

9. Sind Einnahmenrückgänge infolge der vorgezogenen Steuerreform in den Berechnungen bereits berücksichtigt? Wie hoch werden diese ausfallen?
10. Wie werden diese verringerten Einnahmen insgesamt im laufenden Budgetjahr ihren Niederschlag finden? Müssen Ausgaben gekürzt werden? Wenn ja, wo? Müssen städtischen Leistungen zurückgenommen werden, wenn ja, was ist geplant? Wird es zur Sicherung des Budgets 2009 notwendig sein, zusätzliche Liegenschaften zu veräußern – entweder an die GBG, über die GBG oder direkt durch die Stadt nach außen? Gibt es Überlegungen für eine zusätzliche Sonderdividende von der Graz AG oder einer anderen städtischen Tochtergesellschaft?
11. Wird für den Fall einer sich weiter verschlechternden Wirtschaftslage, wie dies von vielen ExpertInnen leider befürchtet wird, bereits an einem „worst case“-Szenarium gearbeitet, da dann ja noch weitergehende Einnahmerückgänge drohen? Welches sind die Eckpfeiler eines solchen Programms, falls vorhanden? Müssen Ausgaben gekürzt werden? Und wenn ja, wo? Müssen städtischen Leistungen zurückgenommen werden, wenn ja, was ist geplant? Wird es zur Sicherung des Budgets 2009 notwendig sein, zusätzliche Liegenschaften zu veräußern – entweder an die GBG, über die GBG oder direkt durch die Stadt nach außen? Gibt es Überlegungen für eine zusätzliche Sonderdividende von der Graz AG oder einer anderen städtischen Tochtergesellschaft?

Zweiter Punkt des Antrages: Angesichts der bedrohlichen Wirtschaftslage und auch in Hinblick auf die Gewinnwarnung des Städtebundes und den daraus angesprochenen Folgen beziehungsweise notwendigen Konsequenzen ist in Zukunft dem Finanzausschuss monatlich ein Zwischenbericht über die finanzielle Situation der Stadt Graz speziell in Hinblick auf die Einnahmenentwicklung und den daraus geplanten Schlüssen vorzulegen.

Warum mache ich das so ausführlich, weil mich manche fragend ansehen, sicher auch deshalb, weil wir in der Vergangenheit, ich denke nur an die Neuordnung des Hauses Graz usw., auch als Gemeinderäte Nachrichten nur aus der Zeitung erfahren und ich bin der Meinung, dass wir als das höchste Organ der Stadt Graz das Recht darauf haben, aus berufenem Munde als Erste solche Dinge zu erfahren, deshalb auch dieser Antrag und auch diese Detailliertheit und wie gesagt, es ist jetzt kein

abschließender Fragekatalog, aber es soll einen Hinweis darauf geben, in welche Richtung es gehen soll. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eber** zur Dringlichkeit: Werte Kollegen, werte Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! Der vorliegende Antrag der SPÖ wirft viele Fragen auf, die es, glaube ich, wert sind, beantwortet zu werden und in dem Zusammenhang möchte ich auch sagen, es braucht tatsächlich Gegenstrategien zu Einnahmenverlusten der Stadt. Wir haben mit weniger Arbeitsplätzen und weniger Einnahmen aus dem Finanzausgleich zu rechnen. Tatsächlich gibt es ein massives Budgetproblem der Stadt, weitere Ausfälle gerade auch verbunden mit der Politik von Schwarz/Grün lassen für die Bevölkerung und auch für die Beschäftigten in dieser Stadt nichts Gutes erwarten. Notwendig ist auch ein Maßnahmenpaket des Bundes für die österreichischen Gemeinden und dieses müsste einige Punkte beinhalten, beispielsweise die Erhöhung des Anteils am Finanzausgleich, die Abschaffung der Landesumlage, das Aussetzen der Maastricht-Kriterien und des innerösterreichischen Euro-Stabilitätspaktes, der ja vom Grazer Gemeinderat auch einstimmig beschlossen worden ist, als Forderung und es braucht auch zinsgünstigere oder zinsenlose Darlehen für kommunale Investitionen, beispielsweise auch für den Wohnbau. Der Bund könnte in diesem Bereich wieder Fonds einführen. Es gibt zur Zeit allerdings keine Anzeichen dafür, dass diese notwendigen Maßnahmen eingeführt oder umgesetzt werden, und zur Finanzierung von diesen und anderen notwendigen Maßnahmen wäre beispielsweise die Vermögenssteuer eine Möglichkeit, wobei allerdings der Sozialminister Hundsdorfer, der früher ÖGB-Vorsitzende, uns ausrichten lässt, diese Forderung ist vom Tisch, die wird nicht kommen. Ich möchte auch festhalten, diese sinnvollen und notwendigen Maßnahmen, die jetzt nicht nur hier in diesem Antrag, aber auch bereits bei vergangenen Anträgen von der SPÖ Graz gekommen sind und gefordert werden, stoßen allerdings gerade auch bei der SPÖ-geführten Koalitionsregierung in Wien eigentlich auf taube Ohren. Da gibt es auch Beispiele dafür, wo die Bundesregierung Maßnahmen nicht nähertreten möchte. Allerdings für die KPÖ-Fraktion möchte ich aus den angeführten Gründen und eben auch aus dem Motivenbericht, wie er vom Gemeinderat Haßler vorliegt, die Zustimmung zur Dringlichkeit unserer Fraktion

anmelden und wir werden dann selbstverständlich auch dem Antrag inhaltlich unterstützen. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier mit einem Fall von einem wichtigen Antrag, wo es um ganz, ganz wichtige Punkte geht, aber die Frage momentan ist aber, ob er dringlich ist und wenn ich mir anschau die erste Frage, auf Basis welcher Prognosen wurde das Budget 2009 erstellt, wenn das dringlich ist, dann hätte ich die Frage bei der Budgetdiskussion gestellt und nicht jetzt. Also da muss ich schon sagen, die Frage scheint nicht so richtig dringlich daher zu passen. Wenn ich mir die dritte Frage anschau, wie hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Graz seit dem Sommer entwickelt? Da denke ich mir auch, wenn ich das dringlich wissen will, dann gehe ich bitte zum Arbeitsamt, das Arbeitsamt ist für die Zahl der Arbeitslosen zuständig oder Arbeitsmarktservice, richtig, ich denke, die SPÖ hat einen guten Draht dorthin. Also wenn ich mir die Fragen so durchschaue und die Länge der Fragen anschau, dann denke ich mir, der Gemeinderat ist der falsche Ort dafür (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), im Finanzausschuss wurde heute das schon diskutiert, wird es auch weiterhin diskutiert werden. Aber wenn ich mir die Fragenliste durchschaue, dann glaube ich, es geht mehr um Politik als um dies Sache selbst. In diesem Sinne lehnen wir die Dringlichkeit ab. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuseher auf dem Podium! Wie Sie dem Antragstext entnehmen können, ich habe ihn sehr genau studiert, und wenn man auch die Kollegen so hört, die sagen, an sich sind die Fragen schon richtig, dann erkennt man darin doch eine sehr starke Intransparenz, die bei der Budgeterstellung einfach gegeben ist, zumindest für uns als Gemeinderäte. Kann schon sein, dass ihr im stillen Kämmerlein euch in aller Tiefe und Detailliertheit auskennt, ich hoffe es für die Stadt Graz, aber für die Gemeinderäte sind viele Positionen und wie etwas zusammengekommen ist, sehr intransparent. Und wenn ich den Kollegen Wohlfahrt anhöre, der meint, die Sache sei nicht dringlich als

solche, so muss ich sagen, es ist überhaupt eine totale Verkennung der wirtschaftlichen Situation, in der wir uns hier in Graz im Land und im Bund überhaupt bewegen und ich habe es heute auch im Finanzausschuss so vernommen, dass man zwar bemüht ist, ich will das gar nicht abstreiten, Herr Stadtrat Rüschi, dass man bemüht ist, die jetzige Situation unter Kontrolle zu haben und hier das „Richtige“, unter Anführungszeichen, zu machen, aber eine völlige Fehleinschätzung der Lage ist, wenn man denkt, na ja, wenn man sich ein paar Wochen oder ein, zwei Monate noch drüberwurschtelt, dann wird schon die Sonne wieder kommen und auf einmal werden die Steuereinnahmen sprudeln, ich kann das ja durchaus verstehen. Seit Jahr und Tag, über viele Jahre ist es so gelaufen und die Steuereinnahmen sind gesprudelt und man musste im Grunde gar keine Maßnahmen, Reorganisationsmaßnahmen in der Stadt Graz treffen, man konnte so „weiterleben“, unter Anführungszeichen, und die zusätzlichen Steuereinnahmen sind einfach dazu verwendet worden, die Gelüste der Regierenden zu befriedigen. Ich definiere es einmal so, weil der Bürger hat von sehr vielen dieser Maßnahmen einfach nichts oder viel zu wenig gespürt. Und wenn man die, sage ich einmal, Auguren der Wirtschaft betrachtet, so wird man heutzutage sehen, zu heutiger Stunde, dass man davon auszugehen hat, dass die Misere noch lange nicht am Tiefpunkt angelangt ist und frühestens mit Ende 2010 eine Besserung der wirtschaftlichen Situation, wo man aus dem Tal wieder herauskommt, ins Positive gegeben sein wird. Ich sage, das sind wahrscheinlich eher noch politisch motivierte, optimistische Einschätzungen, ich wäre schon froh, wenn es drei, vier Monate später ist, aber wenn es überhaupt kommt und dann nachhaltig, sodass wir als Bürger uns nicht mehr so fürchten müssen vor Arbeitsplatzverlusten, vor Unternehmenseinbrüchen, vor Firmenpleiten, die drohen und die natürlich das ganze Gemeinwesen beeinträchtigen inklusive Sozial- und Pensionsversicherung, alles was damit in Verbindung steht. Ich denke also, dass der vom Kollegen Haßler eingebrachte Antrag gescheit und vernünftig ist, sehr viele richtige Fragen aufwirft, und die freiheitliche Fraktion wird daher den Antrag der Dringlichkeit und den Inhalt unterstützen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Geschätzter Antragsteller, meine Damen und Herren! Ein Satz, nicht von mir, sondern vom Wifo-Chef Karl Aiginger: Wir prüfen ständig die aktuellen

Aussagen von internationalen führenden Analysten und Experten und wir können keine generelle Aussage herauslesen. Sie alle beschäftigen sich intensiv mit dem Thema der Krise und wir haben heute am Rande von unserer Finanzausschusssitzung und am Rande von Ausführungen des Herrn Finanzdirektors auch über Prognosen gesprochen im Zusammenhang mit der Zinsrisikostrategie, und Prognosen jetzt sich anzumaßen, Prognosen wirklich mit einem soliden Vorhersagewert treffen zu können, das halte ich zur Zeit schlicht und ergreifend für unmöglich. Wir sprechen von Manövriermassen, von enormen Manövriermassen, deren Auswirkungen momentan nicht abschätzbar sind. Eine Billion Restdollar nimmt die FED in die Hand, die amerikanische Notenbank, wir haben die EU-Finanzminister, die 500 Milliarden Dollar für die Finanzhilfen des internationalen Währungsfonds bereitstellen, wir haben Umfragen aus dem Wirtschaftsforum für Führungskräfte, die völlig unterschiedliche Aussage liefern, aber eine Kernaussage ist auch dabei, das halte ich für wichtig, dass die mittelständische Struktur der österreichischen Wirtschaft ein enormer Stabilitätsfaktor ist, auch was die Auswirkungen der Krise betrifft. Viele Antworten, Herr Kollege, viele Fragen, die Sie hier stellen, sind meines Erachtens durch die Ausführungen von Gerhard Rüscher im heutigen Finanzausschuss beantwortet, wenn es darum geht, wie wird sich auswirken, Sie haben es selbst gehört, die sechs Prozent Rückgang, die uns prognostiziert werden vom Städtebund und vom Finanzministerium, Differenz 2008 bis 2010, was die Ertragsanteile betrifft. Wir kennen die Ziffern, die Zahlen sind sorgfältig behandelt worden, die Sozialausgaben werden steigen, das ist kein Geheimnis, die Mechanismen und die Maßnahmen dafür sind im Budget natürlich mit aller gehörigen Sorgfalt berücksichtigt, wir haben zwei Maßnahmen, die sich im Budget natürlich finden, und das Budget ist mitten im Vollzug, wir haben auf der einen Seite die schon heute Vormittag besprochene 15-%-Sperre, wir haben die Verstärkungsmittel, das heißt, wir haben eine AOG, die um keinen Euro verringert wurde, 400 Millionen Euro bis 2015, die für Konjunkturmaßnahmen, die wir als Stadt in Bewegung setzen können. Also die Fragen sind, da gebe ich dem Kollegen Wohlfahrt Recht, Fragen, die teilweise in die Vergangenheit gehen, ich kann mich dem anschließen, wir können als ÖVP der Dringlichkeit hier nicht zustimmen, wir sind auf einem guten Weg, das Budget ist ein stabiles Budget und das Budget ist mit den entsprechenden Vorsichtsmechanismen ausgestattet und wird diesen Herausforderungen standhalten (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Haßler**: Nachdem es sich abzeichnet, dass die Dringlichkeit nicht durchgeht, ist das Schlusswort jedenfalls hier erwünscht, wird auch ein bisschen länger ausfallen müssen, glaube ich. Zum Kollegen Wohlfahrt, wenn der Kollege Wohlfahrt sagt, dass eine Entwicklung der Arbeitslosen seit dem Sommer in die Vergangenheit geht, hat er Recht, er hat nur mir nicht zugehört beim Antrag, weil der Punkt heißt jetzt nämlich, welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Entwicklung, das ist der neue Text im Antrag und ich glaube, das ist schon eine wichtige Frage. Zuerst wollte ich mich bei Ihnen bedanken, die dem Antrag und vor allem der Dringlichkeit zugestimmt haben, weil das macht mich wenigstens ein bisschen positiv gestimmt, dass es doch noch einige in diesem Gemeinderat gibt, die den Ernst der Lage doch noch mitbekommen. Den anderen, der Mehrheit, die heute diesen Antrag ablehnen wird, möchte ich schon eine Botschaft mit auf den Weg geben, und ich muss es vielleicht ein bisschen griffiger formulieren, es mag schon sein, das Glücksgeföhle Endorphine ausschütten und manchmal dann ein bisschen die Sinneswahrnehmung etwas trüben, dass es so lange andauert, verwundert mich schon, das muss ich auch sagen. Weil angesichts der Lage, die sich äußerst dramatisch darstellt, zu sagen, dass dieser Antrag auf Finanzsituation und Arbeitslosigkeit keine Dringlichkeit hat und wir besprechen davor einen wertvollen Antrag von der Kollegin Potzinger zur Elternschulung, der dringlich ist, dann frage ich mich (*Applaus SPÖ*), welche Relationen hier in diesem Gemeinderat vorherrschen in Bezug auf Dringlichkeit. Ich darf, um die Dringlichkeit vielleicht ein bisschen zu untermauern, doch auch noch ein paar Zahlen in den Raum stellen und zwar vom Arbeitsmarktservice. Februarstand, also Kollege Wohlfahrt, höchst aktuell, höchste Arbeitslosenquote seit 25 Jahren im Großraum Graz. Um 25 % mehr Arbeitslose als im Vorjahr, Jugendarbeitslosigkeit um 41 % gestiegen. Mitschulungsmaßnahmen eingerechnet 18.170 Arbeitslose im Großraum Graz, klingt jetzt vielleicht nicht so dramatisch, aber wenn ich jetzt sage, der Bezirk Straßgang hat 13.000 Einwohner, das sind 18.170, also über eineinhalb Bezirke von Graz gerechnet, sind arbeitslos. Jugendliche von 15 bis 24 2.300 zirka Arbeitslose, Lehrstellensuchende 291, die sofort eine Stelle wollen. 111 offene Stellenangebote und wenn da keine Dramatik erkennbar ist, dann muss ich sagen, dann liege ich vielleicht falsch, aber dann bin ich auch in diesem Gemeinderat fehl am Platz, muss ich auch dazu sagen (*Applaus SPÖ*). Weil in diesem Gemeinderat und vor allem immer von der Koalition, Kollege Hohensinner, gerade du als ÖAAB-

Mann, der auch an die Spitze streben wollte, dir sollten eigentlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieser Stadt besonders am Herzen liegen.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Sind sie.

Mag. **Haßler**: Ich hoffe, dann passt es, bitte höre mir aufmerksam zu. Nachdem von dieser Koalition immer wieder auf Linz verwiesen wird und zwar dann, wenn es Ihnen passt, nämlich beim Beispiel Linz AG, da sollte man es sich auch genau anschauen, ob das wirklich noch die Erfolgsgeschichte ist und ob Linz vielleicht schon daraus gelernt hat, habe ich mir auch die Mühe gemacht, einmal Linz mit Graz zu vergleichen und habe mir angeschaut, was macht die Stadt Linz, ob die Stadt Linz auch der Meinung ist, dass es momentan kein Problem und keine Krise gibt und ich habe es mir, sage ich einmal, ich habe mir die Pressemeldungen von Jänner bis März auf der Homepage der Stadt Graz und auf der Homepage von Linz angeschaut. Ich komme einmal zu Linz, was macht Linz? Linz hat 362 Lehrplätze im Bereich der Stadt und der Unternehmen; was hat Graz? Graz hat 28 Lehrplätze, also ich meine, da sieht man schon, dass da sehr viel an Möglichkeiten, glaube ich, für Graz noch vorhanden wäre. Was macht die Stadt Linz jetzt in Bezug auf die aktuelle Krise? Die Stadt Linz wird ab Herbst 2009 106 neue Lehrplätze in Linz schaffen, also das wäre ein Beispiel, glaube ich, wo die Stadt Graz in Wahrheit mindestens gleich viel schaffen sollte. Linz hat in der März-Gemeinderatssitzung ein Konjunkturprogramm auf der Gemeinderatstagesordnung und Linz nimmt ein Gesamtvolumen von 261 Millionen Euro in die Hand, um auf diese Krise zu antworten. Was macht Linz? Linz macht zum Beispiel Gratismittagessen in den Kindergärten, verwendet dafür 17,5 Millionen. Was hat Graz gemacht? Wir haben, glaube ich, in der letzten Gemeinderatssitzung den Essenzustelldienst in den Kindergärten erhöht.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Und ihr hättet es noch mehr erhöht.

Mag. **Haßler**: Graz hat ihn erhöht, Linz macht Gratiskindergärten. Ich sage jetzt nur Beispiele. Es werden städtische Investitionen vorgezogen, es wird das, was vielleicht auch die grünen Herzen höher schlagen lassen wird und für Graz auch ein Beispiel wäre, 125 Millionen Euro für die Förderung der Fernwärmeversorgung wird in die Hand genommen, und, und, und.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Und ihr regt euch über die Ausgaben auf.

Mag. **Haßler**: Und in Graz, ich habe auf der Homepage Graz nachgeschaut, die einzige Meldung, die ich in Graz gefunden habe, wo das Thema Konjunktur im positiven Sinne vorkommt, war, dass die Bauverfahren beschleunigt werden, Gas geben für eine starke Konjunktur und wie diese Maßnahme geendet hat, haben wir leider in der vergangenen Woche gesehen, selbst die einzige positiv geplante Maßnahmen hat wegen einer Freunderlwirtschaftsgeschichte, wie immer man es nennen will, auch ein negatives Ende gefunden, das Einzige, was vielleicht noch erwähnenswert wäre, was kommen wird, wir bauen das Haus Graz neu. Wenn ich sehe, was da geplant ist, ist die Frage, dieser Neubau des Hauses Graz war im Endeffekt, ich habe es da genannt, eine Luftkeusche, das heißt, es war ein wunderschöner Marketinggag, dass man sich hinstellt mit ein paar Folien, dass man etwas präsentiert mit ein paar Überschriften, dass man eine Werbeagentur, die heute schon genannt wurde, wieder miteinbezogen hat, obwohl, glaube ich, bei der Stadt Graz im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sicher sehr gute, sehr profunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da sind, die das auch hätten machen können. Das ist das, was momentan vom Haus Graz bekannt ist und das Einzige, bitte, was vom Konjunkturpaket der Stadt Graz bekannt ist, ist ein Fragezeichen, auf keinen Fall gibt es irgendwelche Maßnahmen, die mir bekannt sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 19.15 Uhr den Vorsitz.

3) Mehr Schulpsychologen – Petition an Bundes- und Landesregierung

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist der Inhalt einer meiner allerersten Initiativen in diesem Haus vor sechs Jahren 2003 habe ich schon einen Anlauf gestartet, der allerdings leider nicht von Erfolg gekrönt war. Sie wissen, dass es wieder dramatische Ereignisse gegeben hat, vor allem in Deutschland, auch in den USA, auch schon in Österreich. Die Frau Ministerin Schmied hat wieder viel großspurig angekündigt, sie wollte in der Steiermark zuerst vier, man glaubt es gar nicht, vier Schulpsychologen mehr unterbringen, brauchen würden wir ein Vielfaches, aber nicht einmal diese vier wurden uns letztendlich genehmigt. Wir glauben, dass es in der jetzigen Situation einfach notwendig ist, den Druck auf die Gebietskörperschaften zu erneuern, damit man endlich zu einer positiven Lösung des Problems kommt.

Ich stelle daher, ich mache es kurz, Sie haben alle den Antrag bekommen, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit einer Petition an Bund und Land, um sicherzustellen, dass in Zukunft allen Sekundarschulen in Graz, Sekundarschulen, brauchen würden es, das wissen wir, alle Schulen, wir fangen eh schon vorsichtig an, dass zumindest an einem Tag in der Woche, brauchen würden wir es an vielen Tagen der Woche, ein Schulpsychologe mit Mediationsausbildung an der Schule selbst, ähnlich dem Schularzt, zur Verfügung steht. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Bevor ich zur Dringlichkeit komme, wollte ich nur darauf hinweisen, dass Fotografieren auf der Galerie leider nicht erlaubt ist.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Andreas, unterstützen diesen Vorstoß von dir, um den Druck zu verstärken Richtung der Verantwortlichkeit in Bund und Land. Ich habe auch mit den zuständigen Herrschaften beim Landesschulratspräsidium, beim Präsidenten gesprochen, ich habe auch mit dem Ministerium Claudia Schmied Kontakt aufgenommen, auch wenn es, glaube ich, derzeit diese zusätzlichen Planposten nicht in Betracht kommen, was aber nicht im Bereich des Ministeriums liegt; so habe ich erfahren heute, dass pro Bundesland mindestens drei bis vier Projekte der Schulsozialarbeit aus ESF-Mitteln finanziert und ermöglicht werden sollen, um psychologisches Personal, ist ja nicht nur über Planposten, sondern auch über Sonderverträge möglich, vor allem mit dem Schwerpunkt Gewaltprävention wird in Zukunft sehr stark Wert gelegt. Also wir unterstützen diese Vorgehensweise, weil sie aktuell und wichtig ist und halten den Druck Richtung Bund und Land aufrecht. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Die Grüne Fraktion unterstützt natürlich diesen Antrag auch, zumal ja die Psychologinnen und Psychologen schon versprochen waren, aber offensichtlich hat sich einerseits die Frau Bundesminister bei den Budgetverhandlungen nicht

durchgesetzt, andererseits hat der Finanzminister die Daumenschrauben angedreht ziemlich und ziemlich eng. Ich glaube nicht, Karl-Heinz, dass die Frau Bundesminister diese Projekte von Schulsozialarbeit durchführen wird, weil der Frau Bundesminister fehlen jetzt für das Jahr 2009 180 Millionen Euro und für das Jahr 2010 345 Millionen, dafür hat sie ja sich auch ausgezeichnet, das Image der Pädagoginnen und Pädagogen in der Öffentlichkeit ziemlich zu zerstören, wobei ich aber trotzdem sagen muss, es ist nicht nur die Frau Ministerin, es ist selbstverständlich auch die ÖVP, aber wie kürzlich auch der Herr Faymann gesagt hat und der Herr Pröll, wenn mit der Gewerkschaft kein Einvernehmen zu finden ist, dann werden wir es trotzdem durchziehen, diese zwei Stunden, die eigentlich vier Stunden Arbeitszeiterhöhung bedeuten und eigentlich bedeuten minus 10 % Gehaltseinbuße. Also, die Wiesen ist nicht gemäht, aber die Psychologinnen und Psychologen täten wir dringend brauchen und daher unterstützen wir diesen Antrag (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Schönberger**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich möchte ganz kurz noch zwei Zeilen zitieren von Steiermark. ORF.at: Gewalt an Schulen: 80 % betroffen. 80 % der Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer in Österreich sind von Gewalt in der Schule betroffen. Das zeigt eine Studie des Vereines Neustadt. Dieser Trend sei auch in der Steiermark zu erkennen, sagt der oberste Schulpsychologe des Landesschulrates für Steiermark, Dr. Josef Zollneritsch. Also die Auffälligkeiten im Schulbereich sind nicht stagnierend, sind nicht fallend, sondern steigend und daher unterstützt auch die ÖVP-Gemeinderatsfraktion diese Petition (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Fabisch**: Ganz kurz, bedanke mich sehr, sehr herzlich, ich hoffe, dass vielleicht diese Initiative von mehr Erfolg gekrönt ist. Wir brauchen Fachleute vor Ort, Spezialisten, damit die Lehrer wirklich auch das machen können, was sie auch machen sollen und nicht zusätzliche Arbeiten. Dafür haben wir auch Finnland als Beispiel, das wissen Sie ganz genau, dort gibt es Spezialisten vor Ort, die dann diese Aufgaben erledigen. Wir sehen uns da in einem mit Elternverbänden in Österreich und mit der Ärztekammer und ich hoffe, dass wir gemeinsam auf die Regierungskoalition entsprechend einwirken können. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Erarbeitung eines „demokratiepolitischen Maßnahmenpaketes“ für den Grazer Gemeinderat sowie für die Bezirksvertretungen

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Erarbeitung eines demokratiepolitischen Maßnahmenpaketes für den Grazer Gemeinderat sowie für die Bezirksvertretungen. In der Stadt Graz sind umfangreiche Umstrukturierungen angekündigt worden, welche in entscheidende Bereiche der Daseinsvorsorge eingreifen.

So sind zu den bisherigen Ausgliederungen von Aufgaben der Stadt in städtische Gesellschaften erneut sehr wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge wie die Müllentsorgung, Kanal, Wasser, Straßenerhaltung, die Geriatrische Gesundheitszentren und anderes zur Ausgliederung in Gesellschaften beziehungsweise in die Graz AG vorgesehen.

Bisher war der Gemeinderat für alle Entscheidungen bei diesen wichtigen kommunalen Aufgaben zuständig. In Zukunft würden die Möglichkeiten des

Gemeinderates wesentlich beschränkt werden. Bei einer Ausgliederung erfolgt die Kontrolle über Aufsichtsräte und einen Eigentümerversorger der Stadt.

Für wichtige Entscheidungen wie zum Beispiel bei Gebühren und Tarifen für die Bürger und Bürgerinnen ist jedoch der Gemeinderat in Zukunft nicht mehr zuständig und hat keinen Einfluss mehr darauf.

Etliche Beispiele in der Vergangenheit haben wir bereits erlebt. So etwa bei den Energiepreisen der Energie Graz und bei den Bädereintrittspreisen im Vorjahr bei der Stadtwerke AG. Da haben auch einstimmige Beschlüsse hier im Gemeinderat nicht wirklich Einfluss auf die Tarife gehabt.

Der Beteiligungsausschuss, der immer wieder genannt wird, ist in der jetzigen Form kein geeignetes Gremium dafür.

Bestehende Verwaltungsausschüsse wie zum Beispiel der Verwaltungsausschuss der Wirtschaftsbetriebe und der GGZ wären bei der mehrheitlich angestrebten Neuordnung überfällig.

Viele Fraktionen des Gemeinderates, welche nicht in Aufsichtsräten verankert sind, würden von Informationen ausgeschlossen sein.

Mit der Ankündigung der Reduzierung der Zahl der Stadtsenatsmitglieder und der Verkleinerung des Gemeinderates ist unserer Meinung nach die Diskussion über eine Stärkung der Minderheiten- und Oppositionsrechte im Grazer Rathaus untrennbar damit verbunden.

Durch die angekündigten Schließungen von Bezirksämtern und die Errichtung von einigen wenigen Service-Centern sind auch viele Fragen der Bezirksdemokratie offen. Wie geht es weiter mit den Bezirksräten nach der Schließung der Bezirksämter? Welche Kompetenzen wird ein Bezirksrat haben und welche Arbeitsmöglichkeiten hat der Bezirksrat in Zukunft? Also viele offene Fragen.

Weiters, und das haben wir auch heute Live erlebt hier, bei den 29 Anträgen ist auch die Diskussion über den Ablauf der Gemeinderatsitzungen beziehungsweise der Geschäftsordnung noch immer nicht abgeschlossen und wird jetzt schon ziemlich lange verzögert.

Auf Grund der raschen Veränderungen, welche geplant sind, und das steht im Herbst an, wenn man der schwarz/grünen Koalition glauben darf, sind auch demokratiepolitische Maßnahmen ganz dringlich geworden.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

- 1) die Einberufung einer Arbeitsgruppe zu den in der Begründung des Antrages angeführten Themen, welche aus Vertretern aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sowie aus Vertretern der Magistratsdirektion besteht.
- 2) In dieser Arbeitsgruppe sollen die Vorschläge aller Fraktionen eingebracht und diskutiert werden.
- 3) Ein gemeinsam erarbeitetes Maßnahmenpaket soll dem Gemeinderat im Juni dieses Jahres vorgelegt werden.

Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, Kolleginnen, Kollegen! Ina, ich bin dir sehr dankbar, dass du den Finger auf die Wunde legst. Manches läuft ja relativ gut, ich meine, gell, Peter Piffel, nämlich, wenn wir uns zusammensetzen, sind wir ziemlich weit gediehen bei dem Punkt Neuordnung oder Neugestaltung oder Neuregelung der Abläufe der Gemeinderatssitzung, da wären wir schon relativ weit. Nur sollte man das alles in einem Gesamtpaket sehen, so wie es die Ina beschrieben hat. Der Bürgermeister kündigt an vor Wochen, es gibt eine Reduktion Stadtregerung, Gemeinderat, natürlich muss zugleich über die demokratiepolitische Seite geredet werden, so wie die Ina richtig anmerkt, die Minderheits- und Oppositionsrechte. Also was heißt das für die Prüfanträge für den Stadtrechnungshof, was heißt das für Ausschusszusammensetzungen, was heißt das für das Rückstellungsrecht, was heißt das für die Neudefinition von Klubstärke etc? Es geht also um diese wesentliche Austarierung demokratiepolitischer Gewichtungen. Der Bürgermeister kündigt an Zusammenlegung Bezirksämter, Service-Center, jetzt beim Umbau des schwarz/grünen Hauses Graz sehe ich hier einen Balken, der sich auch mit dieser Thematik und eine Projektgruppe, die sich beschäftigen wird, vor einer Woche habe ich in der Stadtregerung den Bürgermeister

gefragt, wann finden politische Gespräche statt, er hat es angekündigt mehrmals schon, dass es solche geben wird; mir ist das alles viel zu zäh, unkoordiniert und wir sollten ein Gesamtpaket schnüren im Interesse dieses Hauses; sowohl der Ablauf von Gemeinderatssitzungen, die Kollegin Grabe hat mir ja vor Wochen schon angedeutet, es ist ja auch ganz wichtig, neben dieser technischen und organisatorischen Regelungen und Statutenänderungen auch so etwas wie den Umgang hier im Haus zu beachten, wie wir miteinander umgehen, welchen Stil wir miteinander pflegen und wie wir miteinander reden und nicht reden können. Ich glaube, das ist ganz wichtig, so ein demokratiepolitisches Paket zu schnüren. Erstens ist eine solche Arbeitsgruppe notwendig, die, wie die Ina Bergmann das vorgeschlagen hat, zum Zweiten gehören politische Gespräche zwischen den Fraktionen her, am Wort ist natürlich der Bürgermeister, er hat jetzt die Initiative vorzulegen und das erwarten wir als sozialdemokratische Fraktion. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. Piffl-Percevic: Frau Vorsitzende, hoher Gemeinderat! Ich darf und kann den Ausführungen meines Vorredners in weitesten Bereichen vollinhaltlich zustimmen. Es ist richtig, dass wir schon in der vergangenen Periode wertvolle Vorarbeit geleistet haben, wir haben auch in dieser Periode zügig diese Themen in Angriff genommen, die da sind: Reform der Geschäftsordnung für den Gemeinderat, ich glaube, wir sehen immer wieder, dass hier einiger Handlungsbedarf gegeben ist, ich freue mich, feststellen zu können, dass diese Gespräche mit allen Fraktionen sehr konstruktiv laufen und wir haben hier ein Zwischenergebnis, das sehr erfolgversprechend aussieht, es ist richtig, dass das noch des Abschlusssteines, was jetzt die Geschäftsordnung des Gemeinderates betrifft, bedarf, natürlich nicht nur mit den Fraktionen hier, sondern selbstverständlich auch mit den Parteiohleuten der Stadtfaktionen, das ist ganz klar und wurde auch bisher so gehandhabt. Es ist junktimiert, und das macht das etwas schwieriger, aber dazu bekennen wir uns, mit dem Reformpaket das große Demokratiepaket, Verkleinerung Gemeinderat, Verkleinerung Stadtsenat, es macht Sinn, das in einem Guss zu machen, es ist weiters die Bezirksebene von dir, Karl-Heinz, schon angesprochen worden, es sind im Hause Reformgruppen unterwegs, die Vorschläge erarbeitet haben. Ich nehme

an, Karl-Heinz, dass so wie bei uns in der Fraktion mit den Bezirksvorstehern und -stellvertreterInnen die Gespräche auch unterwegs sind, es wird auch dieser Bereich sozusagen beigesteuert und ich nenne es hier, weil, ich habe nicht so genau aufgepasst, es gibt auch das Thema Minderheitenrechte, das wir selbstverständlich in dem ganzen Zusammenhang beachten wollen und müssen. Die Sache ist planmäßig unterwegs, wir nehmen uns einerseits die erforderliche Zeit, weil hier mit Sorgfalt vorgegangen werden muss, andererseits können wir feststellen, dass wir planmäßig unterwegs sind. Es besteht daher aus Sicht der Volkspartei kein Anlass darüber, über diesen Prozess hier und heute noch ein Etikett Dringlichkeit in dem Sinn zu legen, meine Kollegen von der kommunistischen Fraktion, weil wir das ohnedies vordringlich behandeln und ich danke auch der kooperativen Vorgangsweise bei unseren kommunistischen Kollegen, wir arbeiten hier gemeinsam, also aus diesem Grund, weil alles aus meiner Sicht konstruktiv und zeitadäquat unterwegs ist, verweigern wir unsere Zustimmung zur Dringlichkeit für diesen Antrag. Die Sache ist und war uns dringlich und wir wollen auch weiterhin so vorgehen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Liebe Ina! Die Sachen sind wichtig, die du anschneidest, trotzdem wundere ich mich, du müsstest es eigentlich besser wissen, du bist nämlich auch in diesem Arbeitskreis, der sich zusammengesetzt hat, um die Geschäftsordnung für die Gemeinderatssitzungen, für die künftigen auszuverhandeln. Also würdest du wissen müssen, dass wir diese Geschäftsordnung eigentlich schon fertig haben und es wird im April das Stück zu dieser Geschäftsordnung hier in den Gemeinderat eingebracht werden. Also dieser Punkt ist einmal abgehakt, ich hoffe, Herr Klubobmann, du hast hier auch zugehört, weil ich es wirklich auch nicht verstehe, warum nicht schon jetzt das Stück eingebracht wurde. Wir sind, Herr Klubobmann, bei der Geschäftsordnung Gemeinderatssitzung und das wird ja im April fertig sein und zur Abstimmung vorgelegt werden. Was die Bezirksdemokratie betrifft, ist es so, dass es, glaube ich, wirklich ein ganz normales Prozedere ist, dass zuerst die Regierungspartner miteinander versuchen ein Konzept zu entwickeln, da wird der erste Schritt jetzt gemacht und dass wir dann selbstverständlich wieder alle Fraktionen einladen, hier auch mitzudenken und zu schauen, wie kann

Bezirksdemokratie nicht geschwächt, sondern gestärkt werden, und Bezirksdemokratie wird keine Einsparungsschiene sein, weil so lässt sich Demokratie nicht ausdehnen und ausweiten, wenn man es nur unter dem Schlagwort entwickeln will, wir müssen sparen. Das wollte ich sagen, daher ist für uns die Dringlichkeit in dieser vorliegenden Form nicht gegeben, weil wir ja fast mit einem Ding am Ziel sind und mit dem anderen sind wir unterwegs (*Applaus Grüne und ÖVP*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich möchte es ganz kurz machen, wir Freiheitliche stimmen diesem dringlichen Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt voll und ganz zu, weil ich glaube, das ist wirklich ein ganz wichtiges Paket auch, ein zusätzliches Paket zu diesen Reformen, die uns jetzt im Haus Graz erwarten, wo ja einiges sehr, sehr fragwürdig auch zu sein scheint und als Kontrollinstrument, was da auch alles in diesem Paket vorgesehen wird, auf allen Ebenen ist das einfach unumgänglich aus unserer Sicht und deswegen gibt es hier volle Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Bergmann**: Ich habe es eigentlich nicht anders erwartet. Es ist in der letzten Gemeinderatsperiode fünf Jahre ähnlich gegangen. Man hat immer gesagt, man arbeitet dran, in den letzten drei Monaten der letzten Gemeinderatsperiode habe ich hier einen ähnlichen, auch einen Antrag dazu gestellt, da hat man mir gesagt, es gibt keine Übereinkunft. Also aus dem Grund kann man das nicht machen. Und wenn jetzt der Peter sagt, es ist in der vorhergehenden Periode sehr wertvolle Vorarbeit geleistet worden, dass es jetzt recht zügig gehen kann, dann weiß ich nicht, wo diese Vorarbeit geleistet wurde, jedenfalls wir haben im Gemeinderat davon nie etwas gehört. Und wenn es jetzt heißt, dass in der jetzigen Periode zügig daran gearbeitet wird, und da möchte ich auch auf dich, Sigi, zu sprechen kommen, dieser sogenannte Arbeitskreis, diese Klubobleutesitzung hat genau dreimal stattgefunden, dreimal hat sie stattgefunden, wo ich eine Einladung bekomme habe, einmal ist sie überhaupt nicht zustande gekommen, da wurde auch nicht abgesagt, nichts. Es stimmt, es verwundert mich auch, zur Geschäftsordnung sind wir uns einig

geworden, das stimmt, wir haben aber dann auch den Kollegen Grosz dazugezogen und im Anschluss war das Ganze dann wieder etwa nebulos, aber es ist nie zu einer wirklich tatsächlichen Vereinbarung gekommen, man hat gesagt, man wird sich wieder zusammensetzen und wir wollen im Herbst mit diesem Ding starten. Es verwundert mich jetzt, vielleicht habt ihr von der ÖVP und von den Grünen daran weitergearbeitet, aber ist das das Demokratiepaket, also der Ablauf einer Gemeinderatssitzung ist, glaube ich, an dieser Sache das Einfachste, da können wir uns wirklich schnell einigen, aber das Demokratieverständnis, das ich jetzt bei ÖVP und Grünen orte, das lässt für mich einiges zu wünschen übrig, denn so wie es wahrscheinlich zu erwarten ist, werden wir die Maßnahmen im Herbst, werden die natürlich von euch mehrheitlich beschlossen werden und alles andere bleibt dann auf der Strecke. Das ist für mich wirklich ein trauriges Zeichen eures Demokratieverständnisses. Meiner Meinung nach gehören hier alle eingebunden, denn nur wenn alle diese Dinge tragen, dann sind sie auch sinnvoll und meiner Meinung nach, gerade von den Oppositionsparteien gehören hier auch die Vorschläge am Tisch und die gehören genauso angehört und nicht nur, dass wir hier ein Konzept, das ich sehr gerne sehen möchte, was, wie gesagt, schon Jahre auf sich warten lässt, ich bin schon sehr gespannt darauf, wie das aussehen wird. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Videoüberwachung am Jakominiplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Hoher Gemeinderat! In jüngster Vergangenheit war diversen Medien zu entnehmen, dass vor allem Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker heftige Kritik an der Videoüberwachung am Grazer Jakominiplatz geübt hat. Im Zuge dessen wurden sogar Stimmen laut, dass diese Sicherheitsmaßnahme überhaupt eingestellt werden soll.

In diesem Zusammenhang muss jetzt gesagt werden, dass diese Einschätzung der Sachlage punktgenau an den tatsächlichen Bedürfnissen der Grazerinnen und Grazer vorbeizieht. Aus Gesprächen mit Exekutivbeamten ist mir zur Kenntnis gebracht worden, dass die Anzahl der Gewaltdelikte am Jakominiplatz seit Einführung der lokalen Videoüberwachung deutlich abgenommen hat. Wir alle haben noch die Pressemeldungen über zahlreiche Übergriffe in diesem Bereich in Erinnerung. Der Jakominiplatz ist in Sachen gewalttätiger Übergriffe ein neuralgischer Punkt in unserer Landeshauptstadt. Diese Beurteilung entspringt nicht allein meiner Einschätzung, sondern ist vielmehr eine Tatsache, die auch seitens der Exekutive nicht geleugnet wird, was letztendlich überhaupt zur Einführung gegenständlicher Kameraüberwachung geführt hat.

Nach intensiven Gesprächen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern steht meine Sicht der Dinge der eingangs erwähnten Einschätzung unserer Frau Bürgermeister Stellvertreterin diametral gegenüber. Ich erkenne bei den Grazerinnen und Grazern ein dringendes Bedürfnis nach Sicherheit im öffentlichen Raum und sehe dies als deutlichen Auftrag an die Politik. Gewiss muss das gewonnene Videomaterial verantwortungsvoll verwendet werden. Das bedeutet, dass Aufzeichnungen ohne strafrechtliche Relevanz umgehend zu löschen sind, während aussagekräftiges Material zur Aufklärung von Verbrechen heranzuziehen ist. Genau nach diesem Muster ist bisher auch vorgegangen worden. Hier geht es also nicht um die Bespitzelung der Bürgerinnen und Bürger, sondern um eine Maßnahme zur Verbrechensprävention. Ich leugne nicht, dass in totalitären Regimes mit einer derartigen Maßnahme auch Missbrauch betrieben werden kann, weise aber diese Bedenken der Frau Bürgermeister-Stellvertreterin und ihrer Partei im gegenständlichen Fall als unbegründet zurück.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Stellen des Innenministeriums in Verbindung zu treten, um seitens des Gemeinderates der Stadt Graz ein deutliches Bekenntnis zur Videoüberwachung am Grazer Jakominiplatz abzugeben und um im Zuge dessen auf die dringende Notwendigkeit der Fortführung dieser Maßnahme hinzuweisen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, liebe Damen und Herren, lieber Herr Kollege Korschelt! Wie mechanisch bringen Sie diverse Anträge ein, die irgendwas mit Sicherheit zu tun haben oder vielleicht auch nicht, immer wieder. Zum Thema Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen möchte ich ein paar Fakten einfach beitragen zum Thema. Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen wird sehr gerne als Wundermittel angesehen, um die Sicherheit zu erhöhen. Schon in der Argumentation wird dann immer auf das Konzept des subjektiven Sicherheitsgefühls hingewiesen. Dieses subjektive Sicherheitsgefühl ist jetzt nichts Schlechtes und nichts Falsches, aber so ein subjektives Sicherheitsgefühl das kann gefährlich werden, wenn es a) über tatsächliche Gefahren hinwegtäuschen soll oder aber, wenn die Diskussion über ein subjektives Sicherheitsgefühl Gefahren, die nicht bestehen, konstruiert werden. Die Sicherheit durch eine Videokamera überwachen auf öffentlichen Plätzen kann trügerisch sein. Zum Ersten einmal, weil der Missbrauch der Daten, also das was aufgenommen wird, nicht ausgeschlossen werden kann. Aber auch, weil durch Kameras auf öffentliche Plätzen Verbrechen zum Teil gar nicht verhindert werden, zum Teil auch einfach nur verdrängt werden und da lohnt sich ein Blick auf einen Vergleich, der angestellt wurde zwischen den Städten New York und London, die sind zirka gleich groß und haben zirka ein gleich großes Sicherheitsbudget. London hat ganz stark in Videoüberwachung investiert, dort sind tausende Kameras auf alle öffentlichen Plätze gerichtet. New York hat in eine Erhöhung seiner Polizeikräfte investiert, die haben 40 % mehr Einsatzkräfte als London und wenn man sich dann sowohl die Kriminalitätsstatistik an verübten

Verbrechen anschaut als auch die Aufklärungsrate, dann spricht die für sich. Die Massenmedien waren voll von Berichten über schreckliche Taten in London, die passiert sind und wo die Videoüberwachung nichts dagegen ausgerichtet hat und auch so gut wie nichts, interessanterweise, beiträgt, um Verbrechen aufzuklären. Im Speziellen einen Blick auf den Jakominiplatz. Wir finden, dass es schon eine Verhöhnung der BürgerInnen ist, wenn Videokameras installiert werden und dann wird gesagt, na evaluieren braucht man das nicht, ob es jetzt dadurch besser geworden ist. Genau darauf hat Vizebürgermeisterin Lisa Rücker auch hingewiesen, dass so eine Evaluation stattzufinden hat. Natürlich muss man sich auch anschauen, wie diese Evaluation stattfindet, am Jako sind Geschichten passiert in den letzten Jahren, da sind Verbrechen passiert und der Punkt ist, es ist nicht nur diese Videokamera installiert worden, sondern auch die Polizei, obwohl sie eingeschränkte Ressourcen hat in Graz, kontrolliert dort auch öfter, das wird auch eine Auswirkung haben und unserer Meinung nach die viel stärkere als die Kamera. Wenn man tatsächlich das subjektive Sicherheitsgefühl und auch die Generalprävention, also kurz die tatsächliche Sicherheit stärken will, dann muss man darauf achten, dass die Polizei den Verbrechen nachgeht, sie aufklärt, tatsächlich vor Ort ist und beschützt und dazu gehören ausreichende Ressourcen bei Polizei und Justiz, keine Organisationsreformen, die die Arbeit der Polizei erschweren und die auch die Sicherheitskräfte einer starken beruflichen Belastung aussetzen. Herr Kollege, wenn Sie nun die Sicherheit in unserer Stadt erhöhen wollten, dann hätten Sie und Ihre Partei, die ja, denke ich, dahinter ist, nicht der Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei zustimmen dürfen und nicht eine Personalreduktion in den letzten Jahren bei der Polizei durchführen dürfen.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: So ein Blödsinn.

GR. **Schneider:** Also ich weiß nicht, vielleicht erinnern Sie sich nicht mehr, aber Ihre Partei hat einige Jahre von 2000 bis Anfang 2007 der Bundesregierung angehört und dort wesentliche Beschlüsse, nicht nur in dem Bereich, mitgetragen, die man

überarbeiten darf. Und es ist auch eine Organisationsreform durch die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie durchgeführt worden, die...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das hat ja mit Graz nichts zu tun.

GR. **Schneider:** Ja, anscheinend befassen Sie sich nicht damit. Also, ich rede mit Leuten bei der Polizei in Graz ab und zu, vielleicht tun Sie das nicht, ich würde es Ihnen empfehlen, das mal zu tun, reden Sie mal mit Polizistinnen und Polizisten und auch mit den Leuten, die dort Leitungsverantwortung haben, das können wir gerne einmal diskutieren...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Mit Ihnen diskutiere ich nicht.

GR. **Schneider:** Ja, schade, kann ich auch etwas Gescheiteres tun. Also statt dass Sie hier Anträge einbringen, weisen Sie doch einfach auf die Versäumnisse einfach hin, an denen Ihre Partei in den letzten Jahren auch beteiligt war, die grüne Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.45 Uhr den Vorsitz.

GR. Dr. **Piffl-Percevic:** Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich glaube, ich kann es kurz machen. Wir haben versucht, den Hintergrund, sozusagen die

Motivation dieses dringlichen Antrages auszuloten, wir haben mit der Polizei gesprochen, wir haben mit unserem grünen Koalitionspartner, die Frau Vizebürgermeister ist ja in dem Antrag sozusagen zitiert oder angeführt, gesprochen, wir haben nirgends irgendeinen Ansatz feststellen können, der Anlass zur Besorgnis gibt und zwar zu einer Besorgnis, die Videoüberwachung am Jakominiplatz könnte limitiert eingestellt, reduziert oder abgeschafft werden. Ich sehe daher erfreulicherweise keinerlei Grund, aus diesem Blickwinkel diesen Antrag zu beschließen, im Gegenteil, ich sehe in diesem Antrag eher eine Verunsicherung, nehme aber diesen Anlass hier am Rednerpult gerne wahr zu einem Bekenntnis zur Videoüberwachung am Jakominiplatz aus Sicherheitsgründen. Wir bekennen uns, auch die Polizei sieht das als Notwendigkeit an, aus diesem Grunde lehnen wir die Dringlichkeit ab (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Kollege Schneider, ich weiß nicht, ob Sie der Sicherheitssprecher sind oder der Unsicherheitssprecher der Grünen, das ist mir nicht ganz klar (*Applaus FPÖ*). Das mit der Gendarmerie und der Polizei ist ein uralter Hut, nur das hat ja mit Graz nichts zu tun, das habe ich ja nie befürwortet und das andere, da sind Sie ja auch der Weltmeister im Mischen von Äpfeln und Birnen, im Verwechseln von Äpfel und Birnen, dass Sie das Beispiel New York und London bringen, Graz ist natürlich nicht ganz übertragbar, muss ich ganz ehrlich sagen und das eine schließt ja das andere nicht aus, das ist mir eh klar. Sie sind ja erst sehr jung im Gemeinderat, aber wenn sie vielleicht einmal Zeit haben, lesen Sie einmal die alten Protokolle durch, dann werden Sie immer wieder finden, dass wir, unsere Fraktion und ich im Speziellen, immer wieder, und das kann der Bürgermeister wahrscheinlich auch bestätigen, immer wieder gebetsmühlenartig immer wieder gepredigt haben, wir wollen mehr Polizei haben, das eine schließt das andere überhaupt nicht aus, sondern es geht ja darum, diese Videokameras sind sicher eine Krücke, das ist mir auch klar, mir wäre am liebsten, wenn dort, wie ich es eh schon einmal gesagt habe, wenn am Jakominiplatz ein Polizeiposten wäre, dann wäre es das Optimum und das andere, die Zusammenlegung, dass es in Graz zu wenig Polizei gibt, hat aber mit der Zusammenlegung Gendarmerie und Polizei überhaupt nichts zu tun, weil da sind Sie wohl am falschen Dampfer, muss ich ganz ehrlich

sagen, weil Sie wissen schon, dass es in Graz keine Gendarmerie gegeben hat, sondern immer nur eine Polizei, also das wissen Sie schon? Das hat es nie gegeben, eine Gendarmerie, dass das nicht glücklich war, das sind eben Sachen, auf die wir nicht unbedingt eine Einwirkung gehabt haben und das andere, das muss ich ja von mir weisen, die FPÖ hat nie irgendeinem Antrag im Parlament zugestimmt, wo es auch zu einer Reduktion der Polizei gekommen ist, das stimmt sicher nicht. Wie gesagt, da vergessen Sie auch, wenn Sie immer mit der Zusammenlegung kommen, da vergessen Sie auch Ihren Koalitionspartner, der sich ja heute vor Ihnen in den Staub geworfen hat, der Kollege Piffel-Percevic, nur wie Sie auch richtig gesagt haben, die Regierung hat ja nicht nur aus der FPÖ bestanden, sondern die hat sehr wohl aus der ÖVP auch bestanden, also da haben Sie das auch vergessen scheinbar und dass da die FPÖ nicht die großen Macher waren, sondern es hat da einen Innenminister...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt:** Das hat mit einem Pharisäer nichts zu tun, es hat einen Innenminister Strasser gegeben, der das sehr wohl betrieben hat und das wissen Sie auch genau, warum das betrieben worden ist, weil die ÖVP das nicht verwunden hat, weil sie bei der Polizei nichts zu plauschen gehabt haben in den Personalvertretungswahlen, deswegen haben sie das zusammengelegt, da haben sie gesagt, die legen wir zusammen, dann haben wir da mehr zu reden. Das Konzept ist eh nicht ganz aufgegangen, der Herr Innenminister, den gibt es schon lange nicht mehr, der ist entflohen zu Finanzhaien, wo er dort zu tun hat, jetzt haben wir die Schottermitzi, wie der Kollege Grosz gesagt hat, aber inzwischen gibt es ihn eh nimmer. Dann zum Kollegen Piffel-Percevic, also das ist mir auch schon ein bisschen komisch, du hast schon besser geredet, du hast schon besser, weil zu sagen, wir sind eh für die Videoüberwachung, aber wir stimmen dem Antrag nicht zu, also das ist natürlich schon ein bisschen komisch. Sie tun natürlich auch Ihren Koalitionspartner, dem Herrn Bürgermeister, der inzwischen wieder zu uns gestoßen

ist, weil ich kann mich erinnern vor eineinhalb Jahren hat der Herr Bürgermeister und der damalige Innenminister, der inzwischen auch schon abgewandert ist, Innenminister ist scheinbar kein guter Posten, das ist so wie ÖVP-Stadtrat in Graz zu sein, ist auch kein guter Posten, weil da hast auch maximal nur eine Arbeitszeit von einem Jahr, so ist es als Innenminister, der ist inzwischen nach Tirol abgewandert. Herr Bürgermeister, Sie können sich sicher noch erinnern, Sie sind ja noch ein junger Mann, Sie haben großartig am Bahnhof mit dem Innenminister eine Videokamera installiert mit Bild, der Kollege Schneider hat das scheinbar vergessen, wenn Sie sagen, das ist alles nur Schall und Rauch, was Sie früher gesagt haben, also das haben Sie vergessen, dass Ihr Koalitionspartner doch sehr wohl etwas, das ist nicht der Fall oder? Natürlich erinnere ich mich, Sie sagen ja immer wieder, ich kenne mich nicht aus in Sicherheit und ich rede mit Leuten nicht usw. Aber wie gesagt, dass Sie nicht zustimmen, war mir ganz klar, ÖVP, Piffli-Percevic, ist natürlich, aber wie gesagt, muss natürlich auch Koalitionsfrieden wahren heute. In diesem Sinne tut es mir leid, aber wie gesagt, nachdem die Mehrheitsfraktion für die Videokamera ist, werden wir ja sehen, ob sie bestehen bleibt. Ich habe schon das Gefühl gehabt und deswegen habe ich den Antrag gestellt, dass Ihre Frau Vizebürgermeisterin sehr wohl, und das haben Sie auch gesagt, aber Sie kommen immer mit dem Argument dann, das ist das Große, das Böse, der Big Brother ist watching you, der schaut jetzt zu, wenn Sie über den Jakominiplatz gehen, ich habe, ehrlich gesagt, überhaupt kein Angst und mich kann jeder sehen. Haben Sie etwas zu verbergen oder was, trauen Sie sich nicht auf den Jakominiplatz gehen? Also, meine Fraktion hat nichts zu verbergen, also wir gehen gerne über den Jakominiplatz und ich freue mich sogar, wenn ich im Fernsehen bin. Das Sie da immer wieder mit dem Argument kommen, dass da irgendjemand was Böses will, das ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel, weil das ist eh genau gesetzlich normiert dann, dass es nach 48 Stunden zu löschen ist, wenn was ist und wenn eine Tat begangen wird, dann wird es aufgehoben, alle anderen Taten sind gelöscht und sagen Sie mir bitte, die Videoüberwachung gibt es jetzt relativ lang, sagen Sie mir bitte, dass einmal mit Daten aus dem Jakominiplatz, dass da Schindluder getrieben worden ist, wenn Sie mir das sagen, dann kriegen Sie von mir sofort 1000 Euro auf Ihr Konto überwiesen, sofort.

Zwischenruf GR. Hohensinner: AK-Wahlkampf.

Mag. **Korschelt**: Kollege Hohensinner, jetzt komm nicht mit dem schon wieder, Kollege Hohensinner, geh zur Feuerwehr, da treffen wir uns nicht, weil bei der Feuerwehr haben sie dich auch wieder ausgetrickst dann. Tue nicht immer mit der AK, du hättest ja auch kandidieren können, hättest ja auch Spitzenkandidat werden können....

Zwischenruf GR. Hohensinner: Ich kandidiere eh.

Mag. **Korschelt**: Du bist ja AK-pflichtig dann, also kannst du jederzeit kandidieren. Du hättest ja Spitzenkandidat werden können, wäre mir eh lieber gewesen, weil mit dem Gosch ist eh nichts zu machen.

Zwischenruf GRin. Jahn: Zur Sache.

Mag. **Korschelt**: Zur Sache, Entschuldigung Frau Kollegin, wenn er mich angreift, er schreit ja auch heraus, es ist AK-Wahlkampf, da darf ich mich verteidigen dann. Das lasse ich mir nicht nehmen. Ich habe ja nur gesagt, er soll zur Feuerwehr kommen, wo man ihn ausgetrickst hat, das stimmt ja auch, also ich sage nur Tatsachen. In diesem Sinne, wie gesagt, noch einmal, um die Kollegin Jahn nicht aufzuregen, tut es mir leid, der Antrag wird nicht die Mehrheit finden, aber wie gesagt, wir werden das dem Bürger, den der Herr Kollege immer zitiert, und den Polizeikräften werden wir das mitteilen, dass sowohl Grün als auch Schwarz scheinbar kein besonderes

Interesse mehr hat für die Sicherheit in dieser Stadt, der Kollege Piffl-Percevic, du hast dich wahrscheinlich auch abgemeldet als Milizsoldat, würde ich sagen, tut mir leid. In diesem Sinne bitte ich um Abstimmung (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für das Schlusswort, Herr Gemeinderat Korschelt, es ist nur so, dass viel Gendarmen in Graz waren, weil wir die Gendarmeriezentrale des Landes Steiermark hatten, sie haben nur die Augen zugemacht beim hinausfahren, haben hier natürlich keinen Dienst gehabt.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Lizenz für Straßenmusikanten

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Pariser Metro ist nicht nur die bekannteste U-Bahn Europas, sie ist vor allem auch eine der größten Konzerthallen der Welt. Seit über 100 Jahren wird in den Stationen und Gängen musiziert. Doch nicht jeder darf dort sein Instrument auspacken und loslegen: Im Frühjahr und im Herbst jeden Jahres entscheidet ein strenges Auswahlverfahren der Pariser Verkehrsbetriebe darüber, wer eine Spielerlaubnis bekommt und wer nicht. Jeder Musiker bekommt die gleiche Chance: mindestens zwei Stücke und zehn Minuten Vorspielzeit. Die Jury besteht aus Mitarbeitern der Metro: Bahnfahrer, Schalterbeamte und Stationsleiter. So soll sichergestellt werden, dass die Auswahl

der Musiker dem Geschmack des bunt zusammengesetzten Metropublikums entspricht. Dieses Modell findet mittlerweile weltweit Nachahmung. Rotterdam, London, Tokio, München haben das ungewöhnliche Konzept für ihre U-Bahnen übernommen. Auch wenn Graz keine U-Bahn hat, so sind doch Hauptplatz und Herrengasse gewissermaßen als großer Konzertplatz zu betrachten, weshalb diese Destinationen auch regelmäßig von Straßenmusikanten frequentiert werden.

Pünktlich zu Frühlingsbeginn, auch wenn es heute geschneit hat, aber der Kalender sagt uns, dass der Frühling vor der Tür steht, wird nun in der Grazer Innenstadt die Rückkehr der Straßenmusiker erwartet, die vermutlich über den Winter fleißig geübt haben und uns nunmehr mit ihren Fortschritten unterhalten wollen. Aber nicht jeder dieser Musikanten ist wirklich ein Könnler. Wenn nun der eine oder andere mäßig begabte Konzertant durchaus ambitioniert, das darf man ihnen ja nicht absprechen, in die Saiten, Knöpfe oder Tasten greift und damit seine Musikstücke zum Besten gibt, so erreichen selbst tolerante und kulturbeflissene Menschen mitunter die Grenzen ihrer akustischen Belastbarkeit.

Es gilt also zu berücksichtigen, dass in der Innenstadt viele Menschen ihrem Beruf nachgehen und hierorts mit musikalischen Elaboraten fragwürdiger Qualität zwangsbeglückt werden, ohne sich denselben entziehen zu können.

Aufgabe der Politik wird es also sein, den Mittelweg zwischen der Straßenmusik als Stressfaktor und entbehrlichem Umgebungslärm auf der einen sowie als kulturelle Bereicherung auf der anderen Seite zu beschreiten.

Auf dem Weg zu einer tragfähigen Lösung darf, das möchte ich schon dezidiert sagen, darf ein Mindestmaß an Musikalität und Instrumentenbeherrschung erwartet werden. Graz war und ist immer sehr stolz auf sein reichhaltiges Kulturangebot und dies nicht erst seit der Bezeichnung Kulturhauptstadt 2003. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das Straßenfestival „La Strada“, das immer wieder ein besonderes Erlebnis darstellt.

Aber auch abseits der gewohnten kulturellen Pfade sollte auf eine gewisse Breite geachtet werden, was sich auch in der Straßenmusik widerspiegeln müsste.

Bei allem Verständnis für jene Menschen, die auf diese Art und Weise ihren Lebensunterhalt verdienen, muss aber auch den Interessen der Anrainer, der Gewerbetreibenden und der Bürger in der Innenstadt auf die muss Rücksicht genommen werden.

Der Kulturschaffende, der Künstler will klarerweise sein Auditorium erreichen. Im Falle eines Konzertes in geschlossenen Räumlichkeiten entscheidet der Zuhörer selbst, ob er zum Publikum gehören will, ob er dem Konzert beiwohnen möchte oder ob er den Konzertsaal auch verlassen möchte. Anders verhält es sich im öffentlichen Raum. Ein Nichthören, ein Nichtteilnehmen ist oftmals nicht möglich. Es bedarf also einer Regelung, die den einen ausreichend schützt und den anderen nicht mehr als notwendig beschneidet.

Ich stelle daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden beauftragt, die rechtlich notwendigen Schritte zu prüfen und einzuleiten, um nachfolgendes Konzept umzusetzen:

Eine unabhängige Kommission wird eingesetzt, die aus Experten der Musikhochschule Graz, des Johann-Jospeh-Fux-Konservatoriums sowie Vertretern der Stadt Graz bestehen soll. Vertreter der Anrainerschaft und jene Mitbürger, die in der Innenstadt ihren Berufen nachgehen, werden eingeladen, dieses Gremium zu ergänzen. Diese Jury hat die Aufgabe, die Straßenbands und Solisten auf allgemeinverträgliche musikalische Standards zu überprüfen und im Anschluss eine befristete Lizenz für die Ausübung von Straßenmusik in Graz zu vergeben.

Begleitend soll es auch festgelegte sogenannte „Hot Spots“ geben, wo Straßenmusiker ihre Musik spielen können, um zu verhindern, dass Geschäftseingänge verstellt werden oder Mitarbeiter und Kunden durch unkontrollierte Dauerberieselung an den Rand des Wahnsinns getrieben werden.

Die Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen ist durch die Grazer Ordnungswache vorzunehmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Klubobmann Sippel hat gesprochen, das ist die Aufgabe der Politik. Und die Aufgabe der Politik ist es, in Zukunft die Sangeskünste von Straßenkünstlern der Stadt Graz zu begutachten. Kollege Sippel, mit Verlaub gesagt, es ist nicht die Aufgabe der Politik. Die Politik hat nämlich andere Aufgaben.

Zwischenruf GR. Sippel: Experten.

GR. **Grosz**: Und das Dazwischenzischeln mag ich auch nicht, da bin ich mit der Frau Gemeinderätin Binder eins, wenn, dann ruhig verhalten, Rand halten und wenn man reden kann, dann redet jeder, aber etwas anderes, es ist nicht die Aufgabe der Politik. Wir haben in Graz tatsächlich andere Probleme, wir haben 33.000 Menschen in Armut und wir wissen im Gemeinderat nicht, wie wir es erledigen. Wir diskutieren seit Jahren über die Wohnungsproblematik, zu Recht über zu wenige Wohnungen, über die sich Wohnbaustadträtin Elke Kahr zu Recht beklagt und über deren Finanzierbarkeit. Wir diskutieren über die Finanzierbarkeit von Konjunkturmaßnahmen in einer Zeit, wo wir wissen, dass die Finanzhaushalte krachen, wir diskutieren über einen vorgezogenen Finanzausgleich in der Hoffnung, dass wir die Aufgaben der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erledigen können. Dieser Antrag, der ist klassische Themenverfehlung, das ist Schulaufsatz Volksschule und das wird auch Gemeinderätin Binder in dem Fall bestätigen können, das ist klassische Themenverfehlung. Ich sage, wenn wir darüber diskutieren und ich weiß, ich habe diesen Grazer Gemeinderat des Öfteren damit befassen wollen, wenn es darum gegangen ist, dass Kriminalität, Sicherheit etc. auf dieser Straße in geeigneter Form zu diskutieren, da hat jeder andere Zugänge. Ich habe gesagt, Bettlerkriminalität halte ich nicht aus, weil sie für mich ein wesentlicher Bestandteil des organisierten Handels, des Menschenhandels und des Kinderhandels ist, fundiert mit Unterlagen auch der UNICEF, da kann man dann drüber diskutieren, ist das richtig, ist das falsch, ist das rechte Demagogie, ist das linke Sozialromantik, gibt es ein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Betteln, ist das durch eine

Wirtschaftskammerinnung auch abgesichert, kann man alles diskutieren, ist auch die Sachlage, aber dass wir jetzt diskutieren in diesem Gemeinderat, ob einer das hohe C hinbringt, oder ob er unter seiner Straßenkunst das Katzengejammer seiner falsch eingestellten Geige versteht oder wie auch immer, das kann nicht das Thema dieses Gemeinderates sein, und daher rede ich nicht noch zehn Minuten, obwohl mir viele andere Dinge dazu eingefallen sind, aber weil ich der Meinung bin, es ist nicht unsere Angelegenheit, danke, bitte ablehnen, wir tun's.

GR. **Baumann:** Zur Dringlichkeit und zum Kollegen Grosz, ich schließe mich den Ausführungen vollinhaltlich an (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Nachdem der Gerald zur Dringlichkeit wieder alles Mögliche gesagt hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), was aber nicht zur Straßenmusik gehört hat, möchte ich trotz allem sagen, dass der Klubobmann Sippel sehr wohl einen Punkt anspricht, der natürlich immer wieder die Leute ärgert, vor allem jene, die in der Innenstadt arbeiten müssen, die in Geschäften arbeiten und die zum Teil wirklich leiden unter Straßenmusik und wo man immer wieder auch, und das wird auch gescheit sein, wir haben das schon einmal gemacht auch, mit den Straßenmusikern sich zusammensetzen muss und schaut, wie tut man Plätze so bespielen, dass man nicht von einem Musiker bereits die andere Version auf der parallel gegenüberliegenden Straßenseite hört, es gibt nämlich eine Straßenmusikverordnung, ich würde auch empfehlen, sie einmal anzuschauen, es ist relativ klar geregelt, die Frage ist immer nur, ob eine Ordnungswache etc. das auch entsprechend kontrollieren kann. Man muss drei Meter weg sein von Eingängen, man muss drei Meter weg sein von Fenstern, man muss 50 Meter weg sein von Schulen und ähnlichen Einrichtungen, das heißt, es wird natürlich vieles nicht eingehalten zum Leiden schon manchmal auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz speziell in der Innenstadt, das heißt, man kann darüber immer wieder diskutieren. Für einen dringlichen Antrag in dieser Form ist der liberale Zugang der Straßenmusik, der schon auch einen hohen Wert in unserer Stadt darstellt, nicht

geeignet. Wenn es darum geht, dass Kinder musizieren müssen, und das haben wir ja auch mit der Verschleierung von Bettelerei immer wieder, dann gehört einfach auch eingegriffen, das werden wir versuchen, heuer durch die Ordnungswache entsprechend verstärkt zu tun. Wir haben schon gesprochen, wir können gerne ein bisschen drüber reden, ob es da neue Ideen gibt, wie man das besser koordinieren kann, aber nein auch zur Dringlichkeit von uns (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sippel**: Es ist interessant, diese orange-grüne Allianz da zu beobachten. Also ich muss sagen, Kollege Grosz, es ist schon erstaunlich deine Ignoranz gegenüber den Anliegen der Bürger. Ich glaube, dass du nie zu den Menschen gehst und mit ihnen redest, ich glaube, das hat sich hier auch bewiesen. Dir geht es nicht um die Betroffenen, rede einmal mit den Geschäftsleuten, die hier diese Probleme zu beklagen haben, ich lade dich einmal ein, weil ich gebe es auch zu, es ist ein gewisser Eigennutz bei diesem ganzen Vorhaben auch, ich lade dich ein, komme einmal zu uns in den Klub im Sommer, wenn 30 Grad in der Innenstadt herrschen und so ein Fiedler unterhalb sitzt, da wirst du wahnsinnig, das haltest du mit den Nerven nicht aus und gleich geht es vielen Geschäftsleuten, gleich geht es vielen Anrainern und vielen Bürgern und hier war dieser Antrag ein Versuch, einen Lösungsansatz auch in Szene zu setzen. Kollege Rajakovics hat das auch angesprochen, ich bin auch schon zufrieden, wenn wir uns vielleicht einmal zusammensetzen und uns über dieses Problem unterhalten. Es gibt da mehrere Möglichkeiten selbstverständlich auch im Kontext mit Innenstadtbelebung im Gesamten. Aber einfach so zu tun, als wie wenn das lächerlich wäre und wenn es die Bürger anders sehen würden, dass es da keine Beschwerden gibt usw. also das ist schon ein starkes Stück, ich kann es nur wiederholen, zeigt, dass du in Wirklichkeit die Probleme der Bürger in keinsten Weise ernst nimmst. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 20.15 Uhr bis 20.50 Uhr.**7) Verpflichtende Geschlechter-Quote in Aufsichtsräten und Vorständen von städtischen Unternehmen**

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt namens der SPÖ, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Dr. Sprachmann: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich freue mich, heute diesen Antrag vortragen zu können. Es tut mir nur sehr leid, dass ich den Motivenbericht auf Grund eben von dem, was früher besprochen worden ist, abkürzen muss. Ich denke mir nämlich, es hat ein jeder von Ihnen hier ein Recht darauf zu wissen, wie es um den Stand der Geschlechterpolitik in der Stadt Graz steht. Werte KollegInnen! Frauen sind in Spitzenpositionen nach wie vor gegenüber den Männern unterrepräsentiert. Sie wissen es, Sie hören es immer wieder, die Erfahrungen zeigen, dass sich die proportionale Verteilung von Frauen in Führungspositionen nicht wesentlich erhöht, solange keine zielgerichteten Maßnahmen wie zum Beispiel die Geschlechterquote angewendet wird. Es gibt einen EU-Genderbericht und in diesem EU-Genderbericht wird Österreich wegen dem geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen stark kritisiert.

In Österreich liegt der Frauenanteil in Führungsjobs derzeit bei 28,7 Prozent, im EU-Durchschnitt sind das bereits 32,6 Prozent. Wir sind davon überzeugt, dass es vielmehr kompetente Frauen gibt, als man in der Wirtschaft überhaupt glaubt. Es ist nun endlich an der Zeit, dass man gesetzliche Regelungen schafft, die Frauen eine gleiche Machtbeteiligung wie Männern ermöglicht.

Norwegen kann dafür als Musterbeispiel genannt werden. Im Jahr 2006 wurde in Norwegen eine Quotenregelung für die Aufsichtsräte eingeführt. Wenn sich die Unternehmen an diese Quote nicht halten, dann werden damit auch Sanktionen angedroht. Die Frauenquote in den Aufsichtsräten in Norwegen beträgt 40 Prozent.

Die derzeitige Situation in Graz unterscheidet sich im Wesentlichen in keiner Weise von der gesamtösterreichischen Situation. Auch bei uns sind Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen weit weniger stark vertreten als Männer.

Ich will jetzt die Statistik nicht taxativ aufzählen, ich kann nur sagen, wir haben in Graz 36 Aufsichtsratspositionen zu vergeben bei stadteigenen Betrieben, und von diesen 36 Aufsichtsratsposten sind nur fünf mit Frauen besetzt.

Auch der Stadtrechnungshof hat in seinem Prüfbericht aus dem Jahr 2007 festgehalten, dass Frauen unterrepräsentiert sind. Es müsste aber abseits eines vom Bund zu schaffenden Gesetzes auf Grazer Ebene mit etwas politischem Willen möglich sein eine geschlechtergerechte Verteilung in den Aufsichtsräten und Vorständen. Sehr geehrte Damen und Herren, es betrifft hier uns alle und ich ersuche, dass Sie mir ein bisschen zuhören. Es müsste also, ich beginne den Satz noch einmal, auf Grazer Ebene mit politischem Willen möglich sein, eine geschlechtergerechte Verteilung in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen, an denen die Stadt Graz beteiligt ist, umzusetzen.

Daher stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, Grünen und KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1.) Der Gemeinderat der Stadt Graz setzt sich das Ziel, in Aufsichtsräten sowie in Führungspositionen innerhalb der städtischen Verwaltung und in städtischen Unternehmen eine verpflichtende Geschlechterquote von mindestens 40% anzustreben.

2.) In einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe werden unter Einbeziehung der zuständigen Stellen im Magistrat, zum Beispiel Personalamt, Frauenreferat, sowie weiterer ExpertInnen, zum Beispiel die unabhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz, alle diesbezüglich notwendigen Schritte zur Erreichung dieses Gleichstellungsziels behandelt und dabei auch auf zu beachtende Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel das Entsendungsrecht von

Gemeinderatsfraktionen in Aufsichtsräte etc. und wie diese in Einklang mit diesem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit gebracht werden können, geachtet.

3.) Der Gemeinderat wird bis spätestens Ende 2009 mit den Ergebnissen dieser Beratungen befasst, um anschließend verbindliche Maßnahmen beschließen zu können. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Benedik** zur Dringlichkeit: Werte Kolleginnen und werte Kollegen! Wir Freiheitlichen werden dem dringlichen Antrag und auch dem Inhalt nicht zustimmen aus folgenden Gründen: Frauen werden als unfähig dargestellt, wenn man ihnen unterstellt, allein durch diese Quote in Positionen zu gelangen. Außerdem werden die Leistungen von vielen erfolgreich tätigen Frauen herabgewürdigt, indem sie dem Verdacht ausgesetzt sind, bloß durch diese Quote in solche Positionen zu gelangen. Frauen werden dadurch degradiert, nur durch eine Quote in Funktionen zu gekommen und das ist unserer Meinung nach die wahre Diskriminierung von Frauen. Es gibt immer mehr Frauen in Entscheidungspositionen und dies nicht trotz oder wegen ihres Geschlechts, Quotendenken ist im höchsten Maße kontraproduktiv und eine Beleidigung aller Frauen, die in unserer Gesellschaft Großes leisten, nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch im Berufsleben. Mich wundert, dass dieser Antrag gerade von der SPÖ kommt, wo wir doch jetzt in einer Zeit leben, in der Wirtschaftskrise, wo immer mehr Frauen, besonders alleinstehende Frauen mit Kindern dastehen und von Monat zu Monat nicht wissen, wie sie durch das Leben kommen und ihren Unterhalt leisten können. Wir sehen darin, dass das eine (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Alt- oder Expolitikerinnenversorgung ist, denn sind wir uns ehrlich, wer kommt denn in solche Positionen, doch keine alleinstehenden Mütter, keine Verkäuferinnen und keine Friseurinnen. Folglich ist das für mich nur eine Altersversorgung für Alt- oder Expolitikerinnen. Für uns Freiheitliche geht es noch immer darum um diese ausständige berufliche Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen. Derartige Ideen, wie zum Beispiel die Geschlechterquote, helfen Frauen in Graz und auch in unserem Land in Österreich nicht weiter. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, dies muss das Ziel einer vernünftigen Politik sein (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf mich auch für meine Fraktion zu Wort melden, auch als Personalreferent, und zur Dringlichkeit sprechen. Die ÖVP wird diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkennen und zwar aus folgenden Gründen: Zuerst einmal ist es mir wichtig, gerade weil auch Aufsichtsratspositionen von der Frau Gemeinderätin genannt wurden, dass wir, wenn wir ein solches Thema besprechen und auch hier einbringen, es vielleicht auch in unseren eigenen Fraktionen dann so leben sollten. Es wird zwar hier aufgezeigt, dass die Zusammensetzung in Aufsichtsratsbereichen nicht stimmig ist, ich möchte aber auch der SPÖ sagen, nachdem ich ja im Aufsichtsrat der Graz AG bin, dass, wenn die SPÖ-Gewerkschafter drüben die Chance haben, mit fünf Personalvertretern dabei zu sein und ausschließlich Männer kommen, könnte man auch intern einmal eine solche Richtlinie erlassen, um dann auch glaubwürdig solche Anträge zu stellen (*Applaus ÖVP*). Der zweite wichtige Grund für uns geht in eine ganz andere Richtung. Ich wäre und wir wären gerne bei einem dringlichen Antrag auch mitgegangen, wenn wir das, was wir hier auf Magistratsebene schon erreicht haben, und ich gehe da noch ein bisschen drauf ein, weil mir das wichtig ist, auch umsetzen sollen bei den Beteiligungen, dafür werden wir auch sorgen, solch ein Antrag hätte mir gefallen (*Applaus ÖVP*). Ich darf das vielleicht ein bisschen ausführen. Unsere Stadtverwaltung hat in Österreich und, ich glaube, darüber hinaus Vorbildwirkung, wenn es um die Gleichbehandlung von Frauen in der Stadtverwaltung geht. Von den insgesamt 4.442 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 2.559 Frauen. Seitdem ich Personalreferent, bin haben wir, und da haben wir einiges zu dem Punkt auch eingeführt, haben wir im Zeitraum von 2003 bis 2008 haben wir den Anteil der Frauen im Magistrat von 53,15 auf 57,7 Prozent angehoben. 2008 hat der Magistrat, ich komme dann gleich zu den Berufsgruppen, das ist mir ganz, ganz wichtig und auch zu allen Lohn- und Gehaltsschemas. Wir haben auch eingeführt, dass für gleiche Arbeit gleicher Lohn zu gelten hat, da wird also auch kein einziger Mann einer Frau vorgezogen (*Applaus ÖVP*). Im Jahr 2008 hat der Magistrat den Österreichischen Verwaltungspreis für das Genderprogramm und die konsequente Umsetzung dafür verliehen bekommen. Was uns ganz, ganz wichtig ist, Besetzung von Spitzenpositionen, das wird ja auch immer wieder hier eingebracht, sind wir dafür, dass Quote allein nicht zählen kann und wir haben bei unseren Regelungen in der Stadt Graz sehr wohl im Sinne von Frauenförderung bei gleicher Qualifikation den Frauen den Vorzug zu geben, weil dies im Übrigen ja auch eine landesgesetzliche Regelung ist, das ist die Einhaltung

Landesgleichbehandlungsgesetz bei Ausschreibungen. Ich möchte auch dazu sagen, dass wir im Personalbereich viele Dinge schon anbieten, es gibt eigene Seminare speziell auf die Bedürfnisse der Frauen ausgerichtet, die Rücksicht bei Bewirtschaftung, Karenzen möchte ich auch hier anführen, werden von uns aus immer genehmigt, karenzierte Mitarbeiter werden auch weiterhin informiert. Wir haben immer eine hervorragende Arbeit, wenn es um Frauenbeauftragte und Gleichbehandlungsbeauftragte geht. Jetzt komme ich aber zu einem wichtigen Punkt, den Sie vielleicht noch nicht kennen. Es gibt mehr Frauen beim Magistrat als Männer, aber jetzt möchte ich zu den unterschiedlichen Schemata kommen: im Schema I, das sind Beamte in handwerklicher Verwendung, arbeiten 63 Frauen und 490 Männer, im Schema II, das sind jetzt die Beamten in der Verwaltung, arbeiten 100 Frauen und 624 Männer. Im Schema III, Vertragsbedienstete in handwerklicher Verwendung arbeiten 387 Frauen und 359 Männer, das hält sich in etwa die Waage, das heißt, ganz konkret in handwerklicher Verwendung gibt es beim Magistrat wesentlich mehr Männer, die beschäftigt sind, als Frauen, das ist mir auch einmal wichtig hier zu nennen, weil es sehr oft heißt, ja wir haben so viel Reinigungskräfte etc, das sind immer Frauen. In handwerklicher Verwendung im Magistrat gibt es einen wesentlichen Überhang Männern gegenüber Frauen. In dem Bereich der Verwaltung, also jetzt im beamteten Schema gibt es einen enormen Überhang von Frauen gegenüber Männern, im Schema II, eben Beamte in der Verwaltung, 1000 Frauen gegenüber Männern, im Schema I, eben Beamte in der Verwaltung, 1000 Frauen zu 624 Männern und im Schema Vertragsbedienstete in der Verwaltung sind es 1109 Frauen und nur 410 Männer, bleibt also noch die einzig aus meiner Sicht, der einzig offene Punkt, wie schaut es bei den Leitungsfunktionen aus? Auch hier darf ich...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, ich glaube, dass es uns in allen Bereichen wichtig ist, und ich kann vermelden (*Applaus ÖVP*), dass wir allein im Bereich der Juristinnen und Juristen mittlerweile gleich viele Frauen wie Männer auch beschäftigt haben und

das eben bei gleichem Lohn und gleicher Arbeit (*Applaus ÖVP*). Jetzt geht es um die Leitungsfunktion, und bei den Leitungsfunktionen gibt es bei uns eine ganz klare Regelung. Solange wir nicht den Gleichstand zwischen Männern und Frauen erreicht haben, und das ist ein ganz klares Ziel, zu dem wir uns auch bekennen, wird bei gleich lautenden Hearingergebnissen, also wenn die Leistung gleich hoch ist, auch dem Mann quasi nicht der Vorzug gegeben, sondern der Frau, und wir haben auch bei den letzten Bestellungen auch immer wieder erlebt, dass Frauen auch auf Grund ihrer Qualifizierung und ihrer Leistung in der Stadt Graz auch diese Leitungsfunktion dann bekommen haben. Das ist für mich einmal ganz, ganz wichtig. Ich wäre gerne mitgegangen, sage aber gleich dazu, das war nicht Inhalt hier, ich wäre gerne mitgegangen zu sagen, all das, was wir vorbildhaft im Magistrat hier schon umgesetzt haben und leben, möge bitte auch bei all unseren Beteiligungen und Firmen gelebt werden. Beim Aufsichtsrat sage ich ganz bewusst dazu, habe ich auch in dieser Periode schon versucht, möglichst auch Frauen hier vorzuschlagen, da sind wir aber alle aufgerufen, das dann auch zu tun und danach zu leben, da bitte ich aber dann auch noch einmal die Fraktion der Antragstellerin, heute auch darüber nachzudenken, wieso das auch nicht selbst gelebt wird. In diesem Sinne, werden wir der Dringlichkeit heute nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Als Frauensprecher meiner Fraktion, war einige Jahre im Frauenministerium beschäftigt, ich halte grundsätzlich überhaupt nichts von Quotenregelungen. In keinem Bereich und auch nicht diese Ausspielerei, die durch eine solche Quote dann entsteht. Aber ich erkenne an, dass wir in Graz tatsächlich ein Problem haben und ich erkenne auch der Antragstellerin Sprachmann ihre Begründung an, die hier durchaus ein vitales Interesse daran hat, dass auch Frauen an Leitungsfunktionen und Funktionen innerhalb der Stadtverwaltung ´Graz eine selbstverständlich berechnigte Teilnahme haben. Und der Bürgermeister hat auch lang und breit auch ausgeführt, was bereits hier schon geschehen ist, offenbar waren wir dann vor zehn Jahren überhaupt in der grauen Steinzeit oder wo auch immer. Faktum ist, wir wollen das gerade hier in Graz auch unterstützen diesen Antrag, lege noch einmal Wert, halte nichts von Quotenregelungen, aber in diesem Bereich werden wir selbstverständlich mitgehen, weil sich de facto auch im Beschlusstext

Verbesserungen und auch gute Absichten erkennen lassen, die glaube ich, für diesen Bereich notwendig sind. Ich danke.

GRin. Dr. **Sprachmann**: Heute komme ich gerne zum Schlusswort, weil wirklich noch einiges offen ist, was ich auch gerne noch beantworten möchte. Und zwar frage ich Sie jetzt hier alle, beißen Frauen oder beißen Frauen nicht, hat man Angst vor Frauen, die beißen? Hat man Angst vor Frauen, die in Aufsichtsräten sind? Ich sage Ihnen nur, Frauen wollen sich nichts schenken lassen, sondern Frauen, die gleich qualifiziert sind, wollen für die gleiche Leistung auch gleich behandelt werden und dementsprechend braucht man auch keine Angst haben vor Frauen in Aufsichtsräten. Betreffend Ihre Wortmeldung, Frau Benedik, muss ich sagen, Sie haben da vielleicht ein bisschen, Entschuldigung, wird mir zugehört oder nicht, Herr Bürgermeister? Betreffend die Antwort von der Frau Benedik muss ich dazu sagen, dass vielleicht ein bisschen eine Verfehlung auch existiert. Wenn Frauen in Aufsichtsräten sind und wenn sie angesprochen haben die Wirtschaftskrise, Frauen in Aufsichtsräten schauen vielleicht eher darauf, dass Frauen dann in diesen Gremien beziehungsweise in diesen Unternehmen dann auch beschäftigt werden, dass es Frauen dann besser geht. Betreffend Ihre Wortmeldung, Herr Bürgermeister, und betreffend Ihre Stellungnahme: Der Frauenförderplan, der damals für das Magistrat Graz entstanden ist, war nicht Ihr Verdienst, das war der Verdienst von der Frau Stadträtin Kaltenbeck (*Applaus SPÖ*). Sie haben es so lobenswert hervorgehoben. Es gibt zwar für den Magistrat Graz, für die Beschäftigten des Magistrates Graz einen Frauenförderplan, aber nicht für den Bereich der Aufsichtsräte, es wäre die Frage, ob man sich das nicht einmal überlegen sollte, vor allem anlässlich einer Quote oder einer Verteilung im Aufsichtsrat von 36 : 5.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wo ist die GTG?

Dr. **Sprachmann**: Von 36 Aufsichtsräten, die der Magistrat Graz hat, sind nur fünf mit Frauen besetzt und man kann mir hier nicht sagen, dass wir hier zum Beispiel im Gemeinderat keine qualifizierten Frauen haben, die in der Lage sind, in die Aufsichtsräte zu gehen. Fragen Sie einmal, wer hier von den Gemeinderätinnen würde in einen Aufsichtsrat gehen? Bin ich am Wort oder ist der gesamte Gemeinderat am Wort, das frage ich Sie auch (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*)? Ich war auch bei etwas eigentlich sehr verwundert, das ich am 18. März in der Zeitung gelesen habe, ich lese es vor, es betrifft genau diesen Antrag von der Gemeinderätin Verena Ennemoser, ÖVP. Sie hält eine 40%-Quote auf jeden Fall für erstrebenswert. Sie, Herr Bürgermeister, haben gerade gesagt, dass sie es nicht für erstrebenswert halten, sind Sie jetzt der Frauensprecher der ÖVP (*Applaus SPÖ*)? Das Ganze hier das klingt mir sehr stark nach einer absoluten internen Zerrissenheit, wo eine bestimmte Fraktion nicht weiß, in welche Richtung sie geht. Ich ersuche um Abstimmung (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, zur Berichtigung. Ich habe nicht gesagt, ganz im Gegenteil, ich habe gesagt, dass es anstrebenwert ist, ich gehe sogar weiter, mir wäre die 50-%-ige Quote, und die strebe ich an, wichtig und keine 40-%ige und das ist ganz, ganz wichtig. Noch einmal, ich gehe davon aus, was das Landesgesetz uns auch vorgibt, ich hätte mich sehr gefreut, wenn wir hier einen Antrag gehabt hätten, das was hier im Magistrat wunderbar umgesetzt worden ist, und da darf ich auch quasi berichtigen, ich habe nicht behauptet, dass das alle meine Erfindungen gewesen wären, ich bin nur als Personalreferent stolz darauf, dass alle Teams...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich rede gerade zur Berichtigung. ...dass alle Teams, die hier mitarbeiten, und das sind vor allem auch die Teams im Bereich des Präsidialamtes,

der Magistratsdirektion und des Personalbereiches, all diese Regelungen bisher umgesetzt haben und dass wir sogar international und national ausgezeichnet werden und ich hätte gerne, dass wir das auf die Beteiligungen übertragen und ich hoffe, dass es auch noch viele Menschen in der Privatwirtschaft auch umsetzen
(Applaus ÖVP).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Vollziehen des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Bezüglich dringlicher Antrag betreffend das Vorziehen des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Ich brauche nicht länger ausführen, wie trist die Finanzsituation ist, auch der Stadt Graz, wie trist auch die Budgetsituation ist, wir kennen die Situation nicht zuletzt auch durch Ausführungen des Finanzstadtrates Rüschi. Wir wissen, dass auch dieses Budget beschlossen worden ist im vorigen Jahr zu einem Zeitpunkt, wo selbstverständlich noch nicht absehbar war, inwieweit diese Wirtschaftskrise, diese aktuelle Krise, durchgreift, nunmehr wissen wir es. Wir haben noch lange die Talsohle nicht erreicht, haben aber als Kommunen den Auftrag gegenzusteuern, aber nicht nur das, sondern auch unsere täglichen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erledigen. Wir wissen, dass Ländern, Städten und Gemeinden zusätzliche Aufgaben angelastet worden sind, nicht zuletzt durch die Steuertarifreform der österreichischen Bundesregierung. Wir wissen, dass wir aber auf der anderen Seite dafür auch keinerlei Gegenleistung bekommen haben in

finanzieller Situation, weil ja der Finanzausgleich viel früher beschlossen worden ist. Um was es mir jetzt geht, es geht jetzt darum, wir können ewig lang herumdiskutieren und herumtheatern, warum die Stadt Graz keine zusätzlichen Finanzmitteln hat oder wir können uns alle auf die Hinterfüße stellen und wirklich auf unseren unterschiedlichen Ebenen versuchen, hier eine zusätzliche Finanzierung zu bekommen. Und es hat am 11. Dezember 2008 auch offenbar funktioniert, dass ein Antrag des BZÖ, damals von mir gestellt, auf einer Besserstellung der Stadt Graz im Rahmen eines Finanzausgleichs auch die Zustimmung gefunden hat. Faktum ist, dass der nächste Finanzausgleich 2013 ist und wir wissen, dass wir bis dorthin nicht warten können. Folgerichtig haben wir am 26. 2. 2009 mit Unterstützung auch der grünen Fraktion im Nationalrat einen Antrag im Interesse aller Kommunen und Länder eingebracht, dass der Finanzausgleich von 2013 vorgezogen wird. Gegen diesen Antrag haben gestimmt, im Wissen der Finanzsituation der Stadt Graz, im Wissen der tristen Wirtschaftssituation, die auf die Stadt vollkommen und zu deren Leid durchschlägt, Adelheid Irina Fürntrath-Moretti, Heidrun Silhavy, Mag. Bernd Schönegger, Mag. Dr. Beatrix Karl und Barbara Rinner. Was ich besonders perfid halte ist, dass eigentlich jene Person, die die Idee gehabt hat zum Vorziehen des Finanzausgleichs und zur Besserstellung der Stadt Graz im Rahmen eines Finanzausgleichs finanziell besser zu bedienen, auch dagegen gestimmt hat, der sogenannte Erfinder der Kleinen-Zeitungsmeldung, ich werde die Republik Österreich klagen, wenn nicht im Rahmen des sofortigen Finanzausgleichs die Stadt Graz bessergestellt wird, ein gewisser Herr Bernd Schönegger. Wir können jetzt, das ist ja auch das Lustige, deswegen verstehe ich ja auch die Kritik, warum einige Damen und Herren sowohl im Nationalrat als auch im Gemeinderat, warum ich beide Funktionen hier einnehme, das verstehe ich schon die Kritik, weil es natürlich durchaus dieses verlogene Spiel aufdeckt. Dieses verlogene Spiel, im eigenen Dorf, in der eigenen Region mit der Mistgabel herumzurennen und jede Schuld und Sühne an der Bundesregierung abzuladen, aber wenn es dann darum geht, hier konkrete Maßnahmen für seine Region einzufordern, regelmäßig man offenbar hinter dem Semmering oder hinter dem Wechsel einknickt, vor dem Semmering offenbar Charakter etc. auch abgibt oder im Straßengraben verliert und keineswegs daran denkt, hier seine eigenen Regionen zu vertreten. Daher bin ich der Meinung, dass wir auch hier vom Gemeinderat der Stadt Graz ein deutliches Zeichen setzen müssen, wir brauchen zusätzliches Geld, wir wissen es. Und wir können uns nicht länger auch

im Gemeinderat der Stadt Graz darüber definieren, was jetzt die Schuldfrage für dieses Finanzdesaster ist. Und daher sind wir der Meinung, dass wir diesen Druck sowohl auf die Bundesregierung erhöhen müssen, der Bundesregierung auch signalisieren müssen, dass Länder und Gemeinden es brauchen, aber auch unseren lieben steirischen Nationalratsabgeordneten auch signalisieren müssen, dass sie im Rahmen eines vorgezogenen Finanzausgleichs auch in ihrer Aufgabe im Plenum des Nationalrates tätig werden müssen und nicht dort sich dem Klubzwang der Wiener Wasserkopfregerung unterwerfen.

Und daher stelle ich in diesem Zusammenhang folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird von der Stadt Graz mittels einer Petition aufgefordert, rasch in vorgezogene Finanzausgleichsverhandlungen mit Ländern, Städten und Gemeinden zu treten. Die steirischen Abgeordneten zum Nationalrat werden von der Stadt Graz über den Beschluss des Gemeinderates in Kenntnis gesetzt und eindringlich aufgefordert, in ihrem Wirkungsbereich dafür Sorge zu tragen, dass die Bundesregierung dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorlegt, durch den im Sinne des innerösterreichischen Stabilitätspaktes ein vorzeitiger Finanzausgleich ermöglicht wird.

Ich ersuche Sie im Interesse der Stadt Graz, im Interesse der Tätigkeiten, die die Kommune zu verrichten hat, und im Interesse der derzeitigen Finanzsituation um Ihre Zustimmung. Ich danke.

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie noch oben! Wir haben heute mehrfach gehört im Ausschuss das Wort Blitzlicht, es muss zwar was getan werden, man hat ein bisschen etwas fokussiert auf die heutige Situation, wir müssen wirklich aufpassen, dass die Stadt Graz, was das Budget anbelangt, im Budgetvollzug unter

den Rahmenbedingungen, in denen sich jetzt Wirtschaft abspielt, derzeit nicht in eine klassische Budgetradarfaller hineintappt und das Budget aus dem Ruder gerät. Insofern ist die Idee des Gerald Grosz ja nicht neu, dass man gescheitete Verhandlungen führt im Rahmen des Finanzausgleiches zwischen den Kommunen österreichweit und seine Anregung zu einem vorzeitigen Finanzausgleich einmal von Graz aus gestartet werden kann. Das wäre vielleicht sinnvoll, würden diese Verhandlungen anders geführt seitens der Stadt Graz als es leider Gottes in der Vergangenheit der Fall war. Wir wissen alle, die Fotos und die Meldungen, die in den Radios und im Fernsehen waren, wie die Vertreter der Stadt Graz, die Delegationen nach Wien gepilgert sind, mit welchen Erwartungen, mit welchen Hoffnungen und mit welchem gewaschenen Kopf sie nachher in die Heimatstadt Graz wieder zurückgekommen sind und eigentlich ein relativ mageres Ergebnis mitzuteilen hatten. Ich meine dennoch, dass bei entsprechender Vorbereitung und gutem Willen sicher einiges machbar ist, wohl wissend, dass Graz an sich in Wien nicht die stärkste Lobby hat, das muss uns leider klar sein. Ich sehe aber dennoch in dieser Maßnahme eine Möglichkeit, auch wenn es nur ein Strohalm ist, an den man sich klammert, weil was ist denn die Konsequenz, wenn uns das nicht gelingt, wenn wir das nicht anstreben? Die Konsequenz ist es, und wir hören es immer wieder, es wurde ja bereits mehrfach praktiziert bei einigen Dingen, einiges ist ja in der Pipeline sozusagen der schwarz/grünen Belastungscoalition in Graz, dass Steuern erhöht werden für die Bürger oder dass neue Steuern erfunden werden, das ist nicht der Weg, den wir als freiheitliche Fraktion beschreiten werden, insofern wünschen wir den Verhandlern viel Glück und unterstützen diese Initiative in der Dringlichkeit und auch im Abstimmungsverhalten. Danke (*Applaus FPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Hoher Gemeinderat! Mit einem hat der Gerald Grosz in seinem Antrag durchaus Recht, wir könnten uns insgesamt auf der Einnahmenseite mehr wünschen, insofern stimmt es durchaus. Aber ich denke, dass die ÖVP-Abgeordneten, die in Wien gegen diesen Antrag gestimmt haben vom BZÖ, das nicht getan haben, weil sie am Semmering ihr Hemd gewechselt haben, abgesehen davon ist das wieder einer der berühmten Querschläge, fast unter der Gürtellinie, von dir, Gerald Grosz, an Leute, die nicht da sind, die sich auch nicht verteidigen können,

sondern ich denke, sie haben durchaus Recht gehabt und ich glaube auch, dass man das einfach einmal klar sehen muss, dass man bei Dingen, die den Finanzausgleich betreffen, einfach auch taktisch vorgehen zu müssen. Das ist eine wichtige Geschichte. Ich möchte das gerne an einem einfachen Beispiel sagen. Es hat offensichtlich sich noch nicht sehr herumgesprochen, dass wir durch den Finanzausgleich, der jetzt läuft, einen Riesenvorteil haben, und zwar der Vorteil ist dadurch gegeben, dass sich letztlich auch mit großer Unterstützung, mit Initiative vom Bürgermeister ab 2009 nicht mehr die Volkszahl die Grundlage für die Verteilung der Ertragsanteile ist, sondern das Zentralmelderegister. Damit wird endlich berücksichtigt, dass wir in Graz nicht mehr 227.000 Einwohner haben wie im Jahr 2001 bei der Volkszählung, sondern wir haben 252.000 Einwohner. Das bringt uns Mehreinnahmen in einer zweistelligen Millionenhöhe. Das hat eine riesige Bedeutung, wir haben heute im Finanzausschuss sehr lange debattiert, wir sind gefragt worden, hat der auch die Aussichten bei den Ertragsanteilen berücksichtigt, denn der Städtebund prognostiziert, dass von 2008 bis 2010 in diesen zwei Jahren die Ertragsanteile um knapp 6 % reduziert werden, also dass im Jahr 2010, das sind zirka 6 % weniger Ertragsanteile geben wird als 2008 nominell. Wir haben für 2009, und zwar unter Berücksichtigung der schon genannten elf Millionen Reduktionen bei den Ertragsanteilen in Erwartung, dass wir einen Anstieg machen bei den Ertragsanteilen von 234 Millionen im Jahr 2008 auf zirka 245 Millionen im Jahr 2009. All übrigen Gemeinden in der Steiermark, wie wir wissen, haben größte Probleme durch diese neue Regelung, wir können uns freuen, wir sind in diesem Falle sicherlich sehr, sehr bevorzugt und ich denke, das ist auch durchaus gerecht auf Grund der vielen Nachteile, die wir in der Vergangenheit hatten, aber wir haben durch diesen neuen Finanzausgleich einen Riesenvorteil. Jetzt finde ich, ist es einfach, wenn man ein bisschen weiß, wie es bei Finanzausgleichsverhandlungen zugeht und wenn man weiß, dass dort der Bund am Tisch sitzt, dass die Länder am Tisch sitzen, dass alle Städte in Österreich am Tisch sitzen und selbstverständlich auch die Gemeinden, dass das ja auch kein Kinderspiel ist, dass man ja nicht hineingehen kann und sagen juhu, wir von Graz sind benachteiligt und wir hätten gerne eine Besserstellung. Wir haben etwa den Unterschied in den Pro-Kopf-Anteilen, dass die Innsbrucker mehr bekommen und die Salzburger mehr als Graz, bei jeder Gelegenheit beim Städtebund, bei den Finanzausgleichsverhandlungen vorgetragen, ja, liebe Leute, was glaubt ihr denn, wer da die Stadt Graz unterstützt,

die Innsbrucker, die Salzburger? Aus meiner Sicht ist das Risiko, dass wir bei einem neuen Finanzausgleich verlieren gegenüber derzeit viel zu hoch, als hier ein nettes Spielchen zu machen und etwa mit den Abgeordneten zu argumentieren, dass sie ihr Hemd wechseln sollten am Semmering. Ich bin auch überzeugt davon, dass alle Aufgaben, die vor uns stehen, etwa Wirtschaftskrise, was weiß ich, was noch alles genannt worden ist, in Detailverhandlungen, wenn überhaupt viel mehr Chancen haben als diesen Moloch des Finanzausgleichs, der irrsinnig differenziert und kompliziert ist zu ändern. Da weiß niemand, wer am Ende als Sieger und wer als Verlierer dasteht, aus diesem Grund ist es, glaube ich, sehr, sehr gescheit gewesen, dass die ÖVP-Abgeordneten nicht mitgestimmt haben in Wien und ich kann nur aus meiner Sicht sehr, sehr warnen, da jetzt in einer Phase, wo wir zum ersten Mal beim Finanzausgleich seit vielen, vielen Jahren, ja seit Jahrzehnten tatsächlich Vorteile haben, finanzielle, dass man das wieder aufs Spiel setzt, indem wir sagen, wir wollen vorgezogene Verhandlungen mit dem Finanzausgleich. Aus diesem Grunde auch nicht nur im Bund, sondern auch in der Stadt Graz. Die ÖVP wird der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Es ist schon eine sehr eigenartige Bankrotterklärung eines Finanzreferenten, wenn er sich hierher stellt und erklärt, eigentlich wir wollen kein Geld, eigentlich wir haben Angst vor Verhandlungen, ein Finanzreferent, der zittert wie Espenlaub und sagt, nur nicht mit dem Bund über den Finanzausgleich verhandeln, denn es könnte ja etwas passieren, ein Finanzreferent, der hier steht und Entgänge auch im Budget nicht sieht, die sich durch eine Krise der letzten Monate entwickelt haben, wo wir durchaus zusätzliche Mittel hier lukrieren könnten. Ich empfehle nur der ÖVP-Fraktion, das nächste Mal bitte nicht den Finanzstadtrat zum Reden zu schicken, denn das ist ein Bären dienst, dass man den Finanzstadtrat selbst hierher schickt, tut man ihm nichts Gutes, sondern der Finanzreferent ist ja eigentlich, der hier stehen sollte und sagen sollte, na selbstverständlich wollen wir mehr vom Bund, na selbstverständlich müssen wir härter verhandeln...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Aber wie?

GR. **Grosz**: Aber gerade den Finanzstadtrat als Verteidigungsredner hierher zu laxeln, der dann sagen muss, also ich traue mich da nicht verhandeln, weil da könnte was ganz Schlechtes herauskommen für die Stadt Graz, das ist ein Finanzstadtrat, der wahrscheinlich persönlich eine vollkommene integre Persönlichkeit ist, ein guter Mensch, vielleicht auch ein guter Politiker, aber ein grottenschlechter Finanzreferent.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Thema verfehlt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich denke, dass ich eines auch bis zu dir noch nicht herumgesprochen hat. Um beim Finanzausgleich überhaupt verhandeln zu können, Herr Gemeinderat Grosz, muss man vom Österreichischen Städtebund dorthin entsandt werden. Nachdem ich seit vielen Jahren Fraktionsführer der ÖVP im Österreichischen Städtebund bin, habe ich die Ehre bekommen, dort auch seit über einem Jahrzehnt bei Finanzausgleichsverhandlungen dabei sein zu dürfen. Es kann dort kein Finanzreferent einer Stadt hingehen und ich bitte auch anzumerken, dass ich dort in meiner Funktion für den Städtebund, für alle österreichischen Städte zu verhandeln habe und Gerhard Rüscher hat noch nie gezittert, aber es ist manchmal auch eine Frage von Taktik und kluger Vorausschau, ob in Zeiten wie diesen eine Verbesserung der österreichischen Städte heraussehen kann, davon sind wir zur Zeit nicht gerade überzeugt, weil sowohl die Länder als auch die kleinen Gemeinden durchaus das wieder umsetzen könnten mit dem Finanzminister, was auch schon vor Jahren einmal passiert ist, dass es dann quasi zum Druck auf die österreichischen Städte gekommen ist und deswegen sind wir da vorsichtig. Aber stimmen wir bitte jetzt über den dringlichen Antrag vom Herrn Gemeinderat Grosz ab.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Antikorruptionsbekämpfung in der Stadt Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Das ist der letzte Antrag, ich darf ihn auch kurz halten, weil wir auch schon halb zehn haben. Es wurde sehr viel über diesen Antrag mit allen Fraktionen gesprochen und alle Fraktionen haben ihre Zustimmung signalisiert unter der Voraussetzung auch ihrer jeweiligen Änderungen. Es geht um eine Antikorruptionsrichtlinie, um eine Verhaltensrichtlinie für die Stadt Graz, die ja bereits der Stadt Graz seit dem Jahr 2007 bekannt ist, der Magistratsdirektor hat sich hier seit dem Jahr 2007 bemüht, hier eine Richtlinie analog zur Regelung des Bundes zustande zu bringen. Aus welchen Gründen auch immer, die auch einen kausalen Zusammenhang mit der Diskussion rund um das Korruptionsbekämpfungsgesetz des Bundes haben, ist es bis heute noch nicht möglich gewesen, diese Richtlinie für Graz oder eine Richtlinie zu beschließen. Ich halte es aber für sehr notwendig, ich halte es auch für ein notwendiges Zeichen, für ein selbstverständliches Zeichen, das hier und heute zumindest in einer Grundsatzerklärung festzulegen, analog zur Regelung des Bundes auch hier unsere Eckpfeiler festzulegen, die Eckpfeiler, die ja dem Kodex angefügt sind und die sich ja nicht jetzt in den Grundfesten ändern werden auch nicht durch mögliche Novellierungen, sondern wirklich Nägel mit Köpfen machen und schauen, dass wir raschestmöglich eine Regelung im Grazer Gemeinderat haben. Die jüngsten Entwicklungen, jetzt auch ohne auch noch einmal auf irgendein Detail oder wie auch immer eingehen zu wollen zeigen uns, dass wir hier auch gesamtheitlich denken müssen, Gemeinderat, Stadtregierung, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, leitende

Angestellte, hier sitzen ja, glaube ich, alle in einem Boot. Alle im gleichen Boot von Ansätzen auf der Ethik, die man in der Politik braucht, auch der Moral und daher bringe ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Stadt Graz - in der Gesamtheit ihrer politisch Verantwortlichen - bekennt sich vollinhaltlich zu den - im angeschlossenen Verhaltenskodex des Bundes - festgelegten Grundsätzen zur Bekämpfung der Korruption und unterstützt sämtliche Maßnahmen, die zu einer raschen Umsetzung innerhalb der Stadt Graz unter folgenden Gesichtspunkten führen:

- 1.) Einbeziehung der Mitglieder des Stadtrates, der Mitglieder des Gemeinderates sowie der Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher der Stadt Graz.
- 2.) die Möglichkeit zur Einbeziehung der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beteiligungsunternehmen und Aufsichtsräte der Stadt Graz.

Der Magistratsdirektor wird ersucht, sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, um dem Gemeinderat eine Antikorruptionsrichtlinie unter Einbeziehung obiger Punkte, Mitwirkung der Gemeinderatsfraktionen nach einer Vorberatung und Beschlussfassung im zuständigen Ausschuss, analog zur endgültigen Regelung des Bundes dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich bitte um Ihre Zustimmung. Der Zeitpunkt wurde in Übereinkunft mit den Fraktionen jetzt raschest und ehestmöglich definiert, aber wir wollen uns nicht gegenseitig mit dem Bund überrollen, wir wollen zeigen, dass wir im Frühjahr fertig werden wollen.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 21.40 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, darf mich gleich zur Dringlichkeit zu Wort melden, den Vorsitz zwischenzeitig an die Frau Vizebürgermeisterin übergeben. Ich möchte hier nur anmerken und mich auch bedanken, der Herr Magistratsdirektor hat schon vor Monaten dieses Thema aufgegriffen und mir vorgeschlagen, dass wir, sobald der Bund eine Regelung getroffen hat, de facto fast zeitgleich einen solchen Beschluss hier im Gemeinderat auch fassen sollten. Es wurde ausgearbeitet, in Teilbereichen hat der Herr Magistratsdirektor auch dafür gesorgt, dass dies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch schon seine Gültigkeit hat. Die Dringlichkeit wäre aus meiner Sicht nicht gegeben, damit aber auch niemand einen politischen Vorteil hat und alle Fraktionen, und speziell auch meine Fraktion, hier sich mit den Inhalten das dokumentieren kann, dass wir mit den Inhalten mitgehen, werden wir auch der Dringlichkeit zustimmen und ich freue mich, dass auch diese Änderung möglich war, weil erst, wenn der Bund wirklich mit seinen Regelungen fertig ist, können wir dann diese auch übernehmen, das heißt, wir stimmen genau aus diesen Überlegungen der Dringlichkeit und dem Inhalt zu.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.42 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Für die sozialdemokratische Fraktion möchte ich festhalten, dass wir selbstverständlich davon ausgehen, dass alles, was hier erwähnt wurde, ja eigentlich Selbstverständlichkeiten im politischen Leben und für das politische Handeln sind und sein sollten, zu einem gewissen Teil ja auch durch bereits bestehende Regeln und Normen abgedeckt ist. Die Dringlichkeit ergibt sich für mich doch daraus, dass ein deutliches Zeichen des Gemeinderates aber notwendig erscheint in diese Richtung, ich glaube, dass, wenn wir uns darauf verstehen, dass alles, was jetzt noch an Ideen und an Vorschlägen dazu da ist, eingearbeitet werden kann und vor allem einheitliche Regelungen auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften vereinbart werden, wir also insbesondere die Regelungen des Bundes abwarten, das eine gute Vorgehensweise ist. Daher wird meine Fraktion

sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir von der FPÖ werden der Dringlichkeit und dem Antrag ebenso zustimmen. Ich möchte aber auch trotzdem die Gelegenheit nutzen und hier ein paar kritische Anmerkungen tätigen. Bei diesem Verhaltenskodex handelt es sich auch in Teilpassagen um eine zu hinterfragende Angelegenheit. Ich glaube, das muss hier auch festhalten werden, es sind noch einige Fragen zu klären, wir haben das auch schon im Ausschuss diskutiert und auf Grund einiger Unstimmigkeiten und Fragen dann auch bis jetzt hintangestellt und abgewartet, bis sich hier einige Dinge aufklären. Mich hat es nur gewundert, dass das BZÖ nicht in diesem Ausschuss wieder einmal vertreten war, das legt irgendwie den Verdacht nahe, dass es sich ja auch heute wieder um politisches Kalkül, um einen Anlassfall natürlich handelt, was bei diesem Thema eigentlich traurig ist. Ich kann da Phrasendrescherei wieder einmal erkennen und keine Bereitschaft, hier sich auch inhaltlich und sachlich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, weil so ohne ist dieser Verhaltenskodex dann ja nicht, obwohl er im Großen und Ganzen natürlich ein wichtiges Instrument darstellt, aber es sind halt einige Dinge, wie ich schon erwähnt habe, zu hinterfragen. Zum Beispiel gibt es auch bei uns in der Gesellschaft einige Sitten, wo es nicht ganz klar ist, ab wann kann man von Korruption sprechen. Es gibt kleine Dinge, wenn jemand zum Beispiel der Sekretärin seines Chefs ab und zu Blumen mitbringt, eine kleine Aufmerksamkeit zukommen lässt, wenn jemand in Sitzungen einen Kaffee zahlt, dann zählt das genau genommen nach diesem Verhaltenskodex bereits zur Korruption. Wir haben auf Bundesebene ja im letzten Jahr das Antikorruptionsgesetz erneuert, wo ebenfalls noch einiger Reformbedarf besteht, über die Einbeziehung von Politikern muss man auch auf Bundesebene im Antikorruptionsgesetz nachdenken und hier gibt es natürlich auch das Problem, dass das Gesetz zum Beispiel Beamten und auch Beschäftigten von staatsnahen Betrieben es verbietet, Geschenke oder Dienstleistungen über 100 Euro anzunehmen. Das ist natürlich, und das haben auch einige, vor allem aus dem Bereich des Sports und der Kultur kritisiert, ich möchte das nur in den Raum stellen, Kultur Sponsoring beispielsweise bei den Salzburger Festspielen (*Bürgermeister*

Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke) haben wir das erlebt, aber auch der Österreichische Schiverband hat sich hier sehr kritisch geäußert, weil es nicht mehr möglich ist, dadurch beispielsweise Politiker zu Schirennen einzuladen, wo man sich eine Win-Win-Situation erhofft, um bei Siegerehrungen Politiker dabei zu haben, also das möchte ich schon zu bedenken geben, dass das nicht ganz so ohne ist. Was mich aber an dem Verhaltenskodex stört, ist die Tatsache, dass man hier auch beispielsweise Mitgliedschaft in Vereinen zu melden hat, also das ist etwas, was in die Richtung geht, dass man Personen durchleuchtet in Richtung Spitzelwesen und versucht, in weiterer Folge auf Grund von Mitgliedschaften in Vereinen etc. ein Profil von jemandem zu erstellen und das ist etwas, was mit großer Vorsicht auch zu genießen ist. Auch der Passus mit dem übermäßigen Lebensstandard, es ist nicht immer so, dass wenn jemand einen verhältnismäßig aufwändigen Lebensstil hat, dass das Geld ist, das aus irgendeinem korrupten Geschäft kommt, sondern es kann ja beispielsweise sein, dass jemand von einer reichen Witwe ausgehalten wird oder so etwas, aber es ist auf jeden Fall nicht einzusehen, dass jemand in diesem Fall die Hosen runterlässt und auch allen hier mehr oder weniger Rechenschaft schuldig ist, woher das Geld kommt. Das sind sensible Bereiche, die in den persönlichen Bereich eingreifen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und da muss man vorsichtig sein und da hätte ich mir noch eine tiefergreifende und sachlichere Diskussion gewünscht. Wir nehmen es zur Kenntnis, dass es vielleicht, die Hoffnung stirbt zuletzt, ist es noch möglich, aber da muss man ganz offen auch in Richtung BZÖ die Kritik fallen lassen, dass hier anscheinend keine Bereitschaft ist, hier sachlich fundiert das Ganze zu diskutieren, um dann einen großen Wurf mehr oder weniger zum Beschluss vorzulegen. Aber wie gesagt, wir Freiheitlichen werden aus ähnlichen Motiven, wie es der Bürgereister auch angesprochen hat, um nicht hier dem BZÖ eine übermäßig große Bühne zu bieten und wir in Wirklichkeit und mit bestem Gewissen ja absolut bemüht sind, Korruption zu bekämpfen, und alle Maßnahmen mittragen, die Korruption in Reinkultur nicht möglich machen, da sind wir mit Sicherheit an Bord. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Kaum vorstellbar, dass sich der Antragsteller noch ein Schlusswort wünscht.

GR. **Grosz**: Danke für die Zustimmung zumindest fast aller Fraktionen, das was Kollege Sippel gesagt hat, seine Fraktion stimmt ja nicht zu, er hat ja zehn gute Punkte genannt, sachliche...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz**: Ach so, das war eine Pro-Rede, Entschuldigung, das war doch eine Contra-Rede. Du stellst dich hierher im Wissen der Fenneberg, Spielbergers, Weinmeisters, auch mit den Fotos und Geschenken an Freundinnen, du stellst dich jetzt hier im Wissen dieser Geschichte, haltest eine Contra-Rede, wo du das zerfladerst bis ins letzte Detail runter, erklärst 30-Mal und stimmst jetzt doch zu? Dann danke ich für die einstimmige Annahme, eine Träne geht um die Welt, eine Träne der Rührung, es ist der erste dringliche Antrag des BZÖ, der durchgeht und das zumindest seit mehr als einem Jahr. Am 13. März wurde der Gemeinderat angelobt, das ist jetzt der erste in einem Jahr, ist eigentlich eine gute Frist für eine gute Qualität. Ich danke.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Was hat der Weinmeister angestellt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn ich mich erinnere, ist das schon der zweite Dringliche, aber macht auch nichts.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dr. **Wohlfahrt** zum Antrag: Ich glaube, es geht hier um eine gute und wichtige Sache, aber ich finde es vom Kollegen Grosz wirklich mutig, dass er draußen steht und diesen Antrag einbringt, weil er redet von Vergangenheit in Graz. Wir könnten natürlich auch von Vergangenheit auf Österreich-Ebene anschauen, es ist zwar eine Weile her, aber es hat eine Partei gegeben, da sind Handtaschen und viele, viele andere Dinge geschenkt worden innerhalb der Partei, vielleicht auch außerhalb der Partei, aber ich finde das echt mutig, dass der Gerald Grosz sich da rausstellt und über Korruption redet, wenn man schaut, was jetzt von der alten Regierung so nach und nach ans Tageslicht kommt. Aber ok, Mut kann man nicht kaufen, Mut muss man haben. Zurück zu dem, was hier passiert, ich will in die Details nicht eingehen, vielleicht sind manche noch zu überarbeiten, aber ein wichtiger Punkt ist Nebenbeschäftigung, muss für die Gemeinderäte wahrscheinlich anschauen, weil wir alle keine hauptamtlichen Gemeinderäte sind, aber ein Gemeinderat hat ein besonderes Problem, der Antragsteller. Wir haben gerade vorher über den Finanzausgleich geredet, da geht es um Bundesinteressen gegen Gemeindeinteressen. Sie wissen alle, der Finanzausgleich ist ein Null-Summen-Spiel, da gibt es nicht viel zu gewinnen, Gerhard Rüschi hat darauf hingewiesen, er weiß, wie wir uns besser stellen, ich hoffe, es würde gelingen, sicher sind wir nicht, aber eines ist klar, alle besser stellen können sicher nicht. Wenn sich die Gemeinden besser stellen, dann muss der Bund sich schlechter stellen, er muss den Gemeinden mehr Geld lassen und jetzt ist spannend, wie dann einzelne Leute, die einerseits Gemeinderat in Graz sind, andererseits die Bundesinteressen vertreten in so einem Bereich sich das überlegen, das wird echt schwierig werden, aber es ist zum Glück nicht mein Problem, ich wüsste genau, für was ich hier eintrete, ich wüsste es nicht, wenn ich Grazer Gemeinderat und zugleich Abgeordneter zum Nationalrat bin, da wird es ein bisschen schwieriger, da muss man Bundesinteressen vertreten. Aber ich bin überzeugt, der Antragsteller wird das alles unter Kontrolle haben, aber der Antrag als solcher ist gut, also ich glaube, man muss gegen Korruption was machen, man muss auch für Interessenskonflikte vorsorgen, manchmal ist es halt schwierig, aber es wird lösbar sein. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.